



31a
V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 11

November 1968

Grafik des Monats: Gesetzliche Krankenversicherung

Aufsätze: Natürliche Bevölkerungsbewegung
Autowelle
Vermögensteuer 1966

Kurzberichte: Zur Getreideernte 1968

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

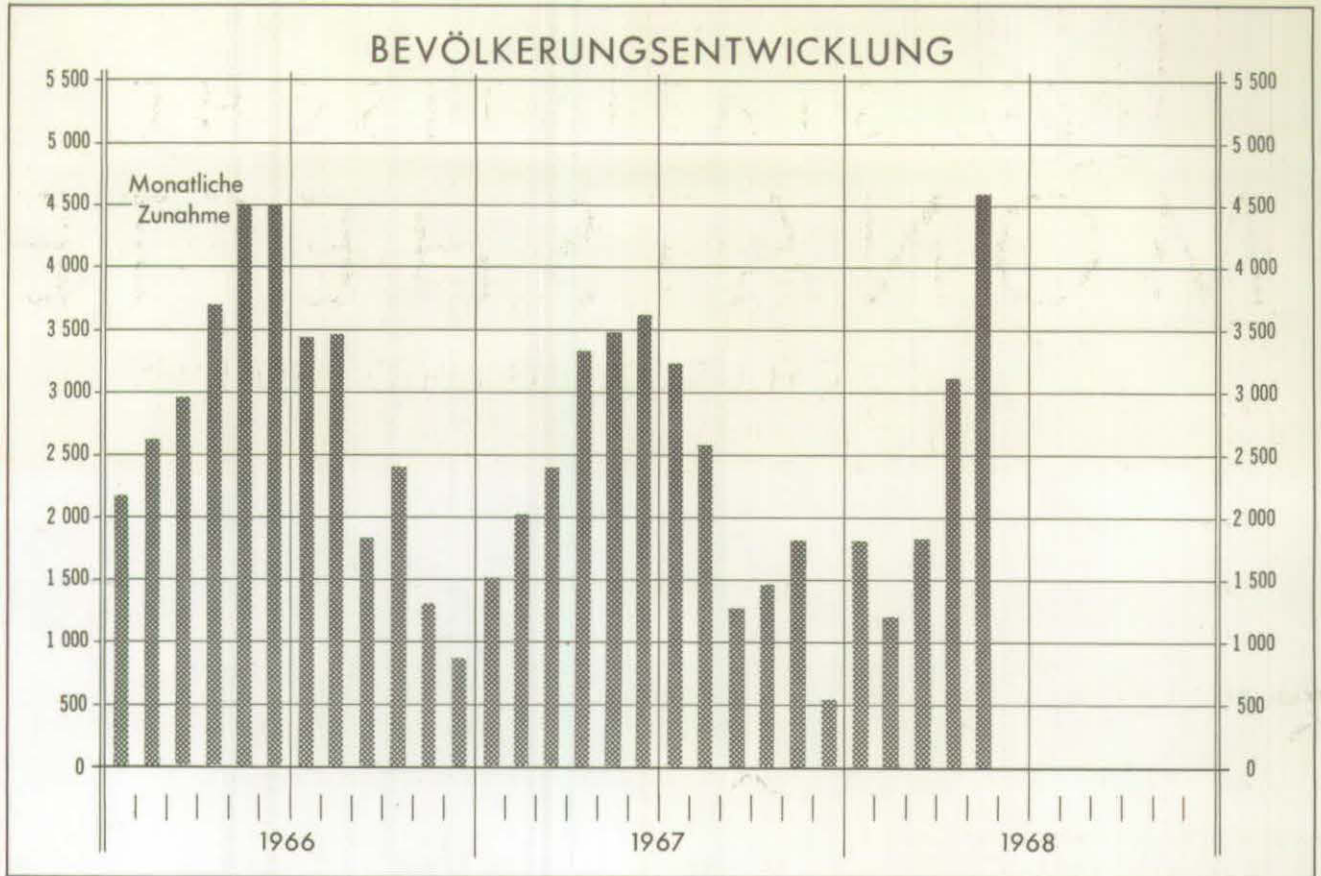
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 3913

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



INHALT 11/68

	Seite
Aktuelle Auslese	237
Aus dem Inhalt	238
Aufsätze	
● Natürliche Bevölkerungsbewegung	
1965 bis 1967	239-248
Die Autowelle in Schleswig-Holstein	249-255
Das Vermögen und seine Besteuerung am 1. 1. 1966	256-262
Kurzberichte	
Zur Getreideernte in Schleswig-Holstein 1968	262-264
Grafik des Monats	250-251
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven A — allgemein — 3. Umschlagseite	

●

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6/1968

Investitionskraft der Gemeinden
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967
Kapitalgesellschaften 1965-1967

Heft 7/1968

Volkseinkommen
Lehrerbedarf
Straßenverkehrsunfälle 1967
Verbraucherpreise im Bund

Heft 8/1968

Ertragsmessungen Landwirtschaft
Zur Viehwirtschaft 1967
Ausgaben für öffentliche Schulen
Realschulabschluß
Studenten 1968

Heft 9/1968

Bruttoinlandsprodukt 1967
Unnatürliche Todesfälle
Baupreise im Bundesgebiet
Körperschaftsteuer 1965

Heft 10/68

Betriebsgrößen Landwirtschaft
Löhne in der Landwirtschaft
Bautätigkeit 1967 (Teil 1)
Wahlberechtigte 1969



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 11

November 1968

Aktuelle Auslese

Weiterhin steigende Steuereinnahmen



In den ersten drei Quartalen 1968 hat das Land Schleswig-Holstein 837 Mill. DM Steuern eingenommen. Das sind 62 Mill. DM (8 %) mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Damit hat sich die günstige Entwicklung weiter fortgesetzt.

Die Steuereinnahmen des Bundes in Schleswig-Holstein sind dagegen trotz der hohen Zuwachsraten der Steuern vom Einkommen weiterhin rückläufig. Der Bund nahm in den Monaten Januar bis September 1968 mit 1,4 Mrd. DM um 24 Mill. DM (2 %) weniger ein als in der entsprechenden Zeitspanne 1967. Das ist allein auf die geringeren Einnahmen der Steuern vom Umsatz zurückzuführen (- 16,5 %). Dieser Rückgang entspricht nicht der wirtschaftlichen Entwicklung. Er liegt vielmehr an den steuertechnischen Änderungen, die die Einführung der Mehrwertsteuer mit sich brachte.



Unterschiedliche Investitionstätigkeit

Im Jahre 1967 investierten die im Lande ansässigen Industrieunternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten um 7 % weniger als 1966. Der Wert der Zugänge an Sachanlagen belief sich 1967 nur auf 310 Mill. DM. Die Investitionsquote - das ist der Anteil der Investitionen am Umsatz - verringerte sich damit von 4,6 % auf 4,1 %.

Das Bauhauptgewerbe steigerte - angeregt durch konjunkturfördernde Maßnahmen - seine Investitionen beträchtlich. Die Bauunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

investierten 1967 fast ein Fünftel mehr als 1966 und erreichten mit einem Investitionswert von 80 Mill. DM fast wieder die Höhe von 1965. Der Investitionsanteil an der Gesamtleistung der Bauunternehmen betrug 1967 knapp 5 %.



134 Ärzte je 100 000 Einwohner

Ende 1967 gab es in Schleswig-Holstein 3 345 berufstätige Ärzte, darunter 514 Ärztinnen. Gegenüber Ende 1966 haben diese Zahlen leicht zugenommen. Sowohl für 1966 als auch für 1967 errechneten sich 134 Ärzte je 100 000 Einwohner.



Immer weniger Kinogänger

Ende 1967 gab es in Schleswig-Holstein nur noch 160 Filmtheater. Sie verfügten über 66 000 Plätze. 1959 waren es noch 266 Filmtheater mit 105 000 Plätzen gewesen. Die Zahl der jährlichen Kinobesuche je Einwohner hat sich in dieser Zeit noch stärker vermindert:

	Kiel	Lübeck	Bundes- gebiet
1959	13,6	12,4	12,1
1965	5,7	5,8	5,4
1966	4,8	5,2	4,7
1967	4,6	4,7	p 4,1

Quelle: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V.

Aus dem Inhalt

Natürliche Bevölkerungsbewegung S. 239

Die Zahl der Eheschließungen nahm in den letzten Jahren ständig ab. Dies ist eine Folge der sinkenden Zahl der Heiratsfähigen, was wiederum mit dem Altersaufbau unserer Bevölkerung zusammenhängt. Das durchschnittliche Heiratsalter ist nach einer längeren Periode des Sinkens seit 1960 konstant auf etwa 27,5 Jahren für den Mann und 24,3 Jahren für die Frau geblieben. Die Werte für die zum ersten Mal Heiratenden liegen noch um ungefähr zwei Jahre niedriger, während die nach Scheidung oder Verwitwung Heiratenden erheblich älter sind. Der Altersunterschied zwischen den Gatten wird mit steigendem Alter stetig größer, er beträgt beim 20jährigen weniger als ein Jahr, während der 55jährige fast neun Jahre älter ist als seine Braut. Die Religionszugehörigkeit hat nur einen geringen Einfluß auf die Partnerwahl: Der Konnuptialindex für konfessionelle Mischehen liegt mit 0,84 nicht weit unter 1, was einer von der Konfession gänzlich unbeeinflussten Partnerwahl entspräche. Die Zahl der Lebendgeborenen ist in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Entsprechend stieg auch die Geburtenziffer, die jedoch seit 1965 in der Tendenz wieder fällt (1967: 18,2). Die Änderungen der Geburtenziffer hängen mit der wechselnden Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter und mit Schwankungen ihrer Fruchtbarkeit zusammen. Die genaue Betrachtung der Fruchtbarkeit in jedem einzelnen Altersjahrgang zeigt seit einigen Jahren, daß das Fruchtbarkeitsmaximum auf immer jüngere Lebensalter wandert; 1967 lag es bereits bei 22 Jahren. Dieses Maximum ist gegenüber der Fruchtbarkeit der jüngeren und älteren Frauen deutlich ausgeprägt. Die Unehelichenquote war noch nie so niedrig wie 1967 (4 %). Sie steigt mit der Gemeindegröße und erreicht in den Großstädten fast 6 %. Die Sexualproportion betrug 1967 106,5 Jungen auf 100 Mädchen. Mehr als vier Fünftel aller Lebendgeborenen werden in der Klinik zur Welt gebracht. Der Anteil der Hausgeburten ist seit 1951 (71 %) auf 14 % gesunken. Bei unehelichen Kindern ist dieser Anteil höher (18 %), ebenso steigt er mit der Zahl der Entbindungen einer Frau: Erstkinder kommen nur zu 10 % zu Haus zur Welt, achte und neunte Kinder dagegen zu 54 %. Die jahreszeitliche Häufung der Geburten folgt mit ihren zwei Maxima im Frühjahr und im September dem Jahresverlauf der Eheschließungen in einem Abstand von sechs bis neun Monaten. Die Säuglingssterblichkeit ist weiter zurückgegangen und hat für 1967 den Wert von 19 Gestorbenen je 1 000 Lebendgeborene erreicht. Der Jahresverlauf der Sterbefälle zeigt ein breites Tief im Sommer und ein zweigipfeliges Hoch im Winterhalbjahr.

Autowelle

Seite 249

Seit zwei Jahrzehnten ist in den Industrieländern eine Motorisierungswelle zu beobachten, die bis jetzt bei uns noch nicht ausgeklungen ist. Sie zeigt sich darin, daß der Bestand an Kraftfahrzeugen seit 1952 um viele Hunderttausende auf fast 600 000 angestiegen ist, aber auch darin, daß der stark gewachsene Bestand sich anders zusammensetzt als vor 16 Jahren. Wesentliches Element der Motorisierung sind die Pkw. Ihre jährlichen Zunahmen wurden von 1956 (11 000) bis 1966 (47 000) immer größer, so daß sich der Bestand progressiv vermehrte. 1967 und 1968 gingen die Zunahmen erstmalig zurück (30 000 und 27 000) und die Zahl der aus dem Verkehr gezogenen Autos stieg. Die Anteile der Hubraumklassen (unter 1 l – 1 bis 1,5 l – über 1,5 l) haben sich stetig zu Gunsten der stärkeren Wagen verschoben. Die Aufteilung des Pkw-Bestandes auf die Marken zeigt das starke Übergewicht der drei führenden Marken VW (38 %), Opel (19 %) und Ford (13 %) vor allen anderen, die sich zusammen in die restlichen 30 % teilen müssen.

Über die Bildung privaten Vermögens in breiten Bevölkerungsschichten kann die Vermögensteuerstatistik nichts aussagen, weil sie die Vermögen nur insoweit erfaßt, als es steuerlich erforderlich ist, bei Privaten z. B. ab 20 000 DM je Person. Eine weitere erhebliche Einschränkung folgt aus dem Umstand, daß die Sachvermögen je nach Art verschieden bewertet werden. Die Zahl der Steuerpflichtigen (18 600) lag 1966 um 11 % höher als 1963, das bedeutet ein erstmaliges Ansteigen seit dem zweiten Weltkrieg. Das Gesamtvermögen erhöhte sich dabei um 35 % auf 4,9 Mrd. DM, je Steuerpflichtigen auf 262 000 DM, und die Steuerschuld stieg um 41 % auf 41 Mill. DM. Die Ermittlung des Vermögens geht vom Rohvermögen aus. Dies hat seit 1963 beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen um 2 % abgenommen, wogegen die anderen Vermögensarten – Grund-, Betriebs- und sonstiges Vermögen – um 17 %, 27 % und 45 % gestiegen sind. Zum sonstigen Vermögen gehören Anteile an Kapitalgesellschaften, Zahlungsmittel und Sparguthaben, Kapitalforderungen und festverzinsliche Wertpapiere. Die Gliederung der Steuerpflichtigen nach ihrem Gesamtvermögen läßt weiterhin eine starke Konzentration in den Gruppen zwischen 50 000 und 250 000 DM erkennen. In den Gruppen darunter werden es immer weniger Steuerpflichtige, in denen darüber immer mehr, und zwar um so stärker, je höher die Gruppe liegt. Die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich seit 1963 am stärksten vergrößert, nämlich um 47 %.

Vermögensteuer 1966

Seite 256

Zur Getreideernte 1968

Seite 262

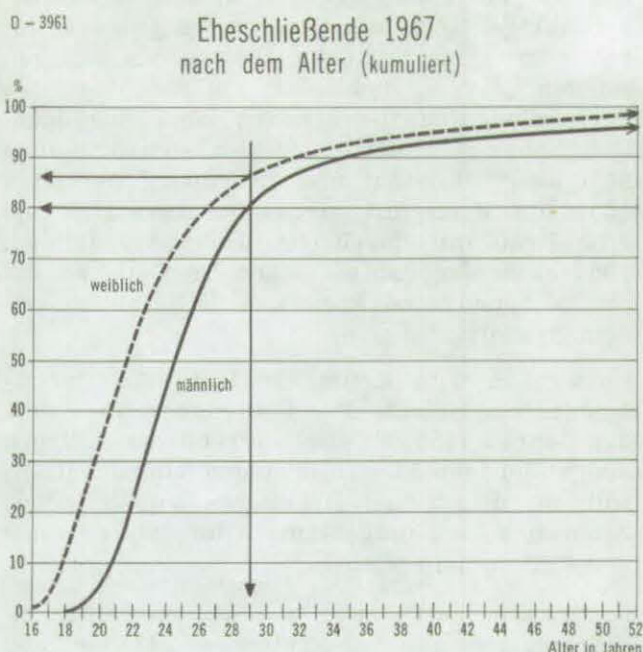
Die Ernte von Getreide in Schleswig-Holstein 1968 übertraf die des Vorjahres um 14 % und die im Mittel der vorhergehenden sechs Jahre um 21 %, kann also als eine Rekordernte bezeichnet werden. Ursache sind hauptsächlich die sehr hohen Hektarerträge und zum kleineren Teil (+ 2 %) eine Anbauausdehnung. Nur bei Sommergerste wurde trotz gesteigener Erträge weniger geerntet als 1967, weil der Anbau erheblich eingeschränkt worden war. Im Vergleich mit dem Durchschnitt 1951/56 zeigen sich langfristige Entwicklungen des Getreideanbaus. Weizen, Gerste und Hafer werden mehr angebaut, Roggen und Sommergetreide weniger. Für die Naturräume gelten dabei teilweise unterschiedliche Entwicklungen, die im einzelnen dargelegt werden.

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1965 bis 1967

Im Durchschnitt der Jahre 1965, 1966 und 1967 wurden jährlich 21 000 Ehen geschlossen, 45 000 Kinder lebend geboren und 30 000 Todesfälle registriert. Eheschließungen und Sterbefälle nahmen dabei in der Berichtszeit laufend ab, während die Zahl der Lebendgeborenen zunächst anstieg, um dann wieder etwas zurückzugehen.

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1965 bis 1967

Jahr	Eheschließungen		Lebendgeborene		Gestorbene	
	Anzahl	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 1 000 Einw.
1965	21 422	8,8	44 708	18,5	29 941	12,4
1966	20 750	8,4	45 930	18,7	29 811	12,1
1967	20 245	8,1	45 351	18,2	29 556	11,9



Die Eheschließungen

Die Zahl der Eheschließungen nimmt in den letzten Jahren ständig ab. Bei steigender Bevölkerung folgt daraus ein Sinken der Eheschließungsziffer:

1965 = 8,8
1966 = 8,4
1967 = 8,1.

Die grafische Darstellung des Altersaufbaus unserer Bevölkerung macht dies verständlich. Die Alterspyramide ist an vielen Stellen eingekerbt und ausgebuchtet. Besonders deutlich heben sich u. a. die geburtenschwachen Jahrgänge der Kriegsjahre heraus.

Aus der unterschiedlichen Besetzung der einzelnen Altersjahrgänge folgt, daß die Zahl der Heiratsfähigen und ihr Anteil an der Bevölkerung von Jahr zu Jahr schwanken. Als Heiratsfähige sind alle Ledigen mit dem gesetzlichen Ehe-Mindestalter, alle Verwitweten und Geschiedenen zu zählen. Damit allein ist freilich das Reservoir, aus dem die Eheschließenden stammen, noch recht unvollkommen umrissen; denn viele Heiratsfähige sind nicht oder nicht wieder bereit, eine Ehe einzugehen. Das trifft besonders für die Älteren zu.

Welche Jahrgänge stellen nun die meisten Brautleute? Das erste Bild zeigt, daß 1967 etwa vier Fünftel aller heiratenden Männer und Frauen noch keine 30 Jahre alt waren. Das restliche Fünftel stammt aus allen übrigen Jahrgängen. Die Jahrgänge unter 30 sollen daher zur Untersuchung der zahlenmäßigen Entwicklung der Heiratsfähigen herangezogen werden.

Nach den Ergebnissen der Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) zeigt die Zahl der unverheirateten 20- bis 29jährigen Männer¹ und der unverheirateten 16- bis 29jährigen Frauen je 1 000 Einwohner folgende abnehmende Entwicklung:

1965 = 90
1966 = 85
1967 = 78.

Ein ähnlicher Rückgang zeigt sich für den Anteil der 20- bis 29jährigen Männer und 16- bis 29jährigen Frauen aller Familienstände an der Wohnbevölkerung:

1965 = 189
1966 = 186
1967 = 182.

Die etwas höhere Eheschließungsziffer der Männer und Frauen obigen Alters je 1 000 gleichaltrige Unverheiratete, die sich für das Jahr 1967 errechnet, hat den Einfluß nicht kompensieren können, der von der abnehmenden Zahl der Heiratsfähigen auf die allgemeine Eheschließungsziffer ausgeht.

Die Abnahme der allgemeinen Eheschließungsziffer muß demnach auf die sinkende Zahl der Heiratsfähigen zurückgeführt werden, die wiederum mit dem Altersaufbau unserer Bevölkerung zusammenhängt.

¹) ohne Soldaten

Das durchschnittliche Heiratsalter

Auf die Tatsache, daß es ehemals erheblich schwieriger war, eine Familie zu gründen, ist schon in einem früheren Aufsatz hingewiesen worden². Vor einhundert Jahren lag das durchschnittliche Heiratsalter daher auch deutlich höher als heute. In den Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg heiratete 1855 ein Mann mit durchschnittlich 31,6 und eine Frau mit durchschnittlich 28,4 Jahren. 1967 steht dagegen ein Mann im Durchschnitt mit 27,5 und eine Frau mit 24,3 Jahren vor dem Traualtar³.

Kurz nach dem Krieg erreichte das durchschnittliche Heiratsalter fast wieder die Werte des Jahres 1855, da die während des Krieges ausgebliebenen Eheschließungen nun nachgeholt wurden. Braut und Bräutigam waren jedoch dadurch schon einige Jahre älter, als es sonst der Fall zu sein pflegte.

Die Grafik zeigt, wie das durchschnittliche Heiratsalter aller heiratenden Männer und

Frauen bis 1960 sinkt, und seither konstant geblieben ist. Man sieht auch, daß die Ingesamt-Kurve sehr eng mit der Alterskurve der aus dem Ledigenstand heraus Heiratenden korreliert. Mehr als vier Fünftel aller Eheschließenden treten als Ledige vor den Standesbeamten.

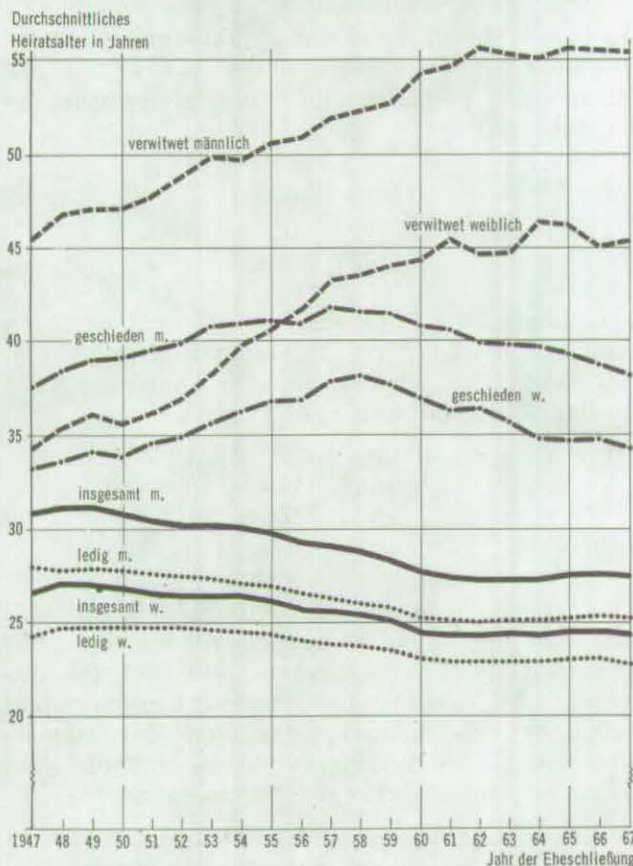
Das Durchschnittsalter der aus dem Verwitwetenstand Heiratenden steigt dagegen bis etwa 1962 zum Teil recht stark an, um in der jüngsten Zeit auf dem erreichten Stand zu verharren. Für die als Witwen vor den Standesbeamten tretenden Frauen fällt die Erklärung für das gestiegene Eheschließungsalter nicht schwer. Die Witwen, die kurz nach 1945 wieder heirateten, waren zum Teil noch sehr jung, da sich viele Kriegerwitwen darunter befanden. Ein Teil der Kriegerwitwen hat aber Jahre gezögert, ehe sie ihren als vermißt gemeldeten Mann für tot erklären ließen.

Ein Grund für das gestiegene Durchschnittsalter der wieder heiratenden Witwen scheint aber auch darin zu suchen zu sein, daß heute auch Ältere häufiger ein zweites oder drittes Mal eine Ehe eingehen als früher. Das kann aus dem ebenfalls anwachsenden durchschnittlichen Wiederverheiratsalter der Witwer geschlossen werden.

Einen besonderen Verlauf nehmen die Kurven des durchschnittlichen Alters der Männer und Frauen, die nach einer vorausgegangenen gescheiterten Ehe noch einmal heirateten. Bis 1957/58 nimmt das Durchschnittsalter zu und fällt dann stetig ab. 1950 war ein geschiedener Mann bei der Wiederverheiratung durch-

Durchschnittliches Heiratsalter nach dem Familienstand vor der Eheschließung

D - 3962



2) vergleiche hierzu: "Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nach dem Familienstand" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, Seite 33 ff. (Februar)

3) Für 1855 aus Werten für Altersgruppen, für 1967 aus Einzelwerten berechnet

Eheschließende Männer ausgewählter Altersjahre nach dem Alter ihrer Ehefrauen 1967

Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren		Mann ... Jahre älter als die Frau (Mann jünger = -)	Eheschließungen
des Mannes	der Frau		
18,5	19,0	- 0,5	48
19,5	19,1	0,4	293
20,5	19,7	0,8	675
21,5	20,4	1,1	1 700
22,5	21,1	1,4	1 803
23,5	21,6	1,9	2 279
24,5	22,2	2,3	2 089
25,5	23,0	2,5	2 004
26,5	23,6	2,9	1 860
27,5	24,3	3,2	1 581
28,5	24,9	3,6	1 137
29,5	25,3	4,2	769
30,5	26,0	4,5	614
35,5	30,6	4,9	144
40,5	34,1	6,4	82
45,5	37,5	8,0	69
50,5	43,0	7,5	34
55,5	46,8	8,7	55

schnittlich 39,1 Jahre alt, 1957 41,8 Jahre, 1967 dagegen nur 38,2 Jahre. Für die vorher geschiedenen Frauen lauten die entsprechenden Daten 33,8 Jahre, 38,2 Jahre (1958) und 34,3 Jahre. Auch hier ist die Entwicklung durch die Folgen des zweiten Weltkrieges beeinflusst worden.

Zur Zeit heiratet, wie erwähnt, ein Mann durchschnittlich mit 27,5 Jahren und eine Frau mit 24,3 Jahren. Im Durchschnitt ist die Braut somit rund 3 Jahre jünger als der Bräutigam. Diese Altersdifferenz gilt keineswegs für jedes Heiratsalter. Der Altersunterschied zwischen Ehemann und Ehefrau wächst mit steigendem Heiratsalter des Mannes. Ein 20,5jähriger Mann nahm 1967 eine im Durchschnitt 0,8 Jahre jüngere Frau, ein 25,5jähriger eine um 2,5 Jahre jüngere, ein 30,5jähriger eine um 4,5 Jahre jüngere, ein 55,5jähriger Bräutigam gar eine 8,7 Jahre jüngere Braut.

Eheschließende nach der Staatsangehörigkeit

Eheschließungen mit Ausländern bleiben nach wie vor die Ausnahme. Noch erheblich seltener sind Heiraten zwischen Einwohnern fremder Nationalität. Fast 97% aller 20 245 Ehen wurden 1967 zwischen Deutschen geschlossen. Für die Jahre zuvor zeigen sich keine stärker abweichenden Werte.

Wie in den Vorjahren gehen deutsche Frauen zahlreicher eine Ehe mit Ausländern ein als deutsche Männer mit Ausländerinnen. Für 1967 hat sich allerdings nur noch ein geringer Unterschied ergeben. 313 deutsche Frauen heirateten in diesem Jahr einen Ausländer, ihre männlichen Landsleute nahmen in 278 Fällen eine ausländische Braut. 31mal wurden rein ausländische Paare getraut.

In den meisten Fällen wurde ein Ehepartner gewählt, der die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes besaß. 1967 traf dies für die einen Ausländer heiratenden deutschen Männer zu 74% und für die einen Ausländer heiratenden deutschen Frauen zu 72% zu. Einen Partner aus einem außereuropäischen Staat wählten 22% der Frauen, aber nur 9% der Männer.

Schleswig-holsteinische Männer und Frauen heiraten relativ häufig Skandinavier. Auch Österreicher werden von deutschen Männern und Frauen unseres Landes recht zahlreich geehelicht. Da die Gastarbeiter aus Italien, Griechenland, Spanien, der Türkei überwiegend Männer sind, sind Ehen zwischen ihnen und deutschen Frauen häufiger als zwischen deutschen Männern und Ausländerinnen dieser Nationen.

Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern

Staatsangehörigkeit	Deutsche Männer			Deutsche Frauen		
	heirateten einen ausländischen Partner nebenstehender Nationalität					
	1965	1966	1967	1965	1966	1967
Europäisches Ausland	175	194	205	276	228	226
darunter						
Dänemark	42	28	40	37	32	33
Finnland	11	18	30	2	—	—
Frankreich	9	10	17	6	13	13
Griechenland	9	8	6	20	9	15
Italien	4	8	4	38	31	27
Jugoslawien	4	5	9	9	3	7
Niederlande	15	13	16	27	15	20
Norwegen	3	7	4	7	11	6
Österreich	30	41	36	43	26	39
Schweden	9	8	9	8	8	8
Schweiz	13	11	9	14	10	8
Spanien	12	13	7	19	21	8
Türkei	2	2	2	19	14	16
Vereinigtes Königreich	6	7	9	20	25	19
USA und Kanada	6	7	10	28	29	19
Mittel- und Südamerika	4	5	6	2	2	7
Asien	2	1	5	32	36	34
darunter Iran	—	—	1	14	15	17
Afrika	3	1	2	11	13	10
Australien und Ozeanien	1	—	1	4	1	—
Staatenlose und unbekannt	20	35	49	21	33	17
Insgesamt	211	243	278	374	342	313

Eheschließende nach der Religionszugehörigkeit

Schleswig-Holstein ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Evangelischen. Die Wahrscheinlichkeit für einen Angehörigen der evangelischen Kirche, einen Partner anderer Konfession zu ehelichen, ist somit von vornherein nicht sehr groß. Mehr als vier Fünftel aller Ehen werden daher auch

Eheschließende nach der Religionszugehörigkeit 1967

Ehemann	Ehefrau	Eheschließungen	
		Anzahl	%
	Evangelisch	16 331	80,7
	Katholisch	312	1,5
	Sonstige	298	1,5
Evangelisch	Katholisch	858	4,2
Evangelisch	Sonstige	308	1,5
Katholisch	Evangelisch	1 276	6,3
Katholisch	Sonstige	43	0,2
Sonstige	Evangelisch	758	3,7
Sonstige	Katholisch	61	0,3
Eheschließungen insgesamt		20 245	100

zwischen Evangelischen geschlossen. Die rein katholischen Ehen sind dagegen nicht sehr zahlreich. Sie machen nicht einmal 2% aller Ehen aus, etwa gleich viel wie die Ehen zwischen Angehörigen sonstiger Konfessionen einschließlich der Gemeinschaftslosen.

Sogenannte Mischehen kommen vor allem zwischen Evangelischen und Katholiken vor. In den letzten drei Berichtsjahren wurden von 100 Ehen 4 zwischen einer katholischen Frau und einem evangelischen Mann und 6 zwischen einem katholischen Mann und einer evangelischen Frau geschlossen.

Kann aus diesen Zahlen gefolgert werden, daß die Bereitschaft der in unserem Land lebenden

Katholiken, eine Mischehe einzugehen, zur Zeit sehr hoch ist?

Diese Frage läßt sich über die Errechnung des sogenannten Konnuptialindex (Mischungsindex) beantworten. Durch ihn wird die tatsächliche Zahl der Mischehen der theoretischen gegenübergestellt, die sich ergeben würde, wenn die Ehen vollkommen unabhängig von religiösen Vorurteilen geschlossen würden.

Bildet man zwei Religionsgruppen, die Katholischen und die Nicht-Katholischen, so lassen sich die Eheschließungen des Jahres 1967 zwischen diesen beiden und innerhalb dieser beiden Gruppen in folgender Tabelle darstellen:

Eheschließungen 1967 nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten

Mann \ Frau	Katholisch		Sonstige		Insgesamt	
	theoretische Zahl	tatsächliche Zahl	theoretische Zahl	tatsächliche Zahl	tatsächliche Zahl	Anteil
Katholisch	99	312	1 132	919	1 231	0,061
Sonstige	1 532	1 319	17 482	17 695	19 014	0,939
Insgesamt		1 631		18 614	20 245	1,000

Von 20 245 heiratenden Frauen waren 1 231 (6,1%) katholisch und 19 014 (93,9%) sonstiger Konfession. Die theoretische Chance eines katholischen Mannes, eine Frau sonstigen Glaubens zu heiraten, war somit, ein völliges Fehlen irgendwelcher Präferenzen oder räumlicher Häufungen vorausgesetzt, gleich 0,939. Theoretisch wäre in diesem Fall zu erwarten gewesen, daß von 1 631 katholischen Männern 1 532 eine nicht-katholische Frau genommen hätten. Die theoretische Chance eines Mannes sonstiger Konfession, eine katholische Frau zu ehelichen, betrug 0,061. Theoretisch wären unter 18 614 heiratenden Männern nicht-katholischer Konfession 1 132 zu erwarten gewesen, die eine Katholikin zur Frau genommen hätten.

Die Zahlen über die tatsächlich erfolgten Mischehen werden den theoretischen gegenübergestellt, wobei sich der folgende Konnuptialindex K ergibt:

$$K = \frac{1319 + 919}{1532 + 1132} = 0,84$$

Der Konnuptialindex liegt dicht unter dem Wert 1. Man kann daraus schließen, daß die Religionszugehörigkeit bei der Eheschließung nicht die entscheidende Rolle spielt.

Wie sich aus der Anlage des Index unmittelbar ergibt, bedeutet $K = 0$, daß keine Mischehen vorkommen. Liegt K über dem Wert 1, so werden bevorzugt Mischehen eingegangen oder ausschließlich solche geschlossen. K erreicht maximal den Wert 2. In diesem Fall würden, um beim obigen Beispiel zu bleiben, die

Hälfte der Ehepaare aus einer Katholikin und einem Mann sonstiger Konfession und die andere Hälfte aus einer Frau sonstigen Glaubens und einem Katholiken bestehen.

Eheschließungen im Jahresablauf

Daß zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten gerne geheiratet wird, ist bekannt. In der Tabelle sind die Monate besonders gekennzeichnet, in die die beiden erstgenannten Festtage fallen. Bis etwa 1952 fiel die höchste Heiratshäufigkeit auf die Monate Mai und

Eheschließungen nach Monaten in den Jahren 1965 bis 1967

Monat	Eheschließungen je 1 000 Einwohner und 1 Jahr		
	1965	1966	1967
Januar	5,3	5,3	5,0
Februar	7,4	7,2	6,4
März	8,4	8,4	9,7 ^a
April	9,6 ^a	9,1 ^a	7,4
Mai	9,3	10,1 ^b	9,5 ^b
Juni	9,6 ^b	8,8	9,4
Juli	11,4	11,1	9,0
August	14,5	13,5	13,0
September	6,7	7,1	6,7
Oktober	8,7	7,0	6,6
November	6,9	6,2	6,3
Dezember	8,0	7,3	8,4

a) Ostern

b) Pfingsten

Dezember. Inzwischen ist der August zum beliebtesten Heiratsmonat geworden, und zwar aus steuerlichen Gründen. Die relativ niedrigen Werte für die Monate September bis Dezember sind also auf vorgezogene Eheschließungen zurückzuführen.

Die Geburten

Wie schon eingangs berichtet, wurden in den drei Berichtsjahren durchschnittlich 45 000 Kinder lebend geboren. Die genauen Zahlen für 1965 bis 1967 lauten - unter Einschluß der Totgeborenen - wie folgt:

	1965	1966	1967
Lebendgeborene	44 708	45 930	45 351
Totgeborene	555	538	488
Zusammen	45 263	46 468	45 839

Die Zahl der Lebendgeborenen ist in den letzten Jahren kräftig gestiegen und hat inzwischen die Werte der Nachkriegsjahre erreicht, als die Bevölkerung noch um rund 100 000 Personen größer war und im Krieg ausgebliebene Geburten nachgeholt wurden. Bei einer kleineren Bevölkerung liegt die allgemeine Geburtenziffer daher jetzt auch über der aus der Zeit Ende der vierziger Jahre. Seit 1965 nimmt sie jedoch in der Tendenz wieder ab. Hatte sie 1964 noch bei 18,9 je 1 000 Einwohner gelegen - dem höchsten Wert der Nachkriegszeit -, so ist sie inzwischen auf 18,2 gesunken.

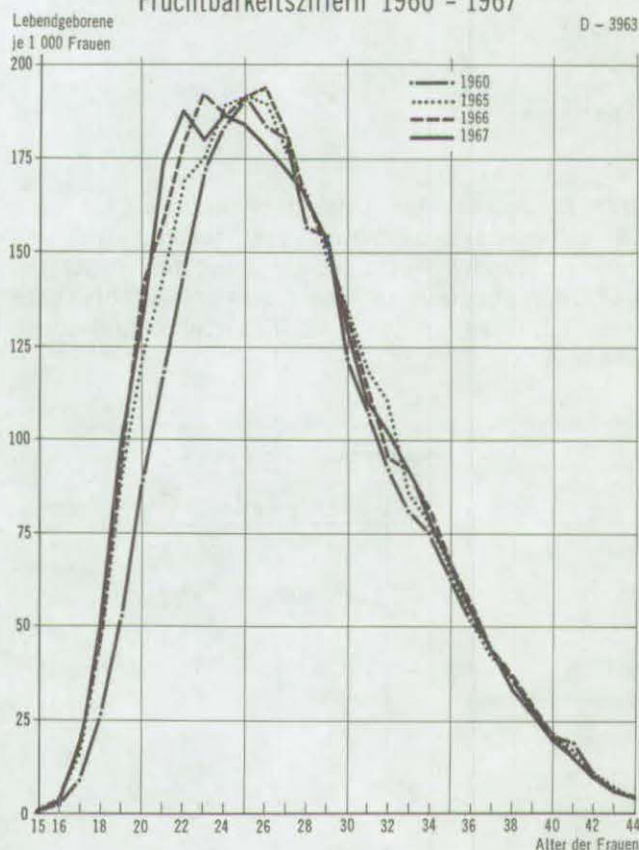
Die Änderungen der allgemeinen Geburtenziffern sind in der wechselnden Zahl der im gebärfähigen Alter von 15 bis 44 Jahren stehenden Frauen und in Schwankungen der Fruchtbarkeit begründet. Die nachstehende Übersicht für die Jahre 1960 bis 1967 zeigt die Zusammenhänge auf:

Jahr	Lebendgeborene je 1 000 Einw.	15- bis 44jährige Frauen in % der Bevölkerung	Lebendgeborene je 1 000 15- bis 44jährige Frauen
1960	16,4	20,2	81,7
1961	17,4	20,3	85,3
1962	17,6	20,3	86,2
1963	18,4	20,3	90,1
1964	18,9	20,3	92,7
1965	18,5	20,0	92,2
1966	18,7	19,7	94,8
1967	18,2	19,5	93,6

Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene je 1 000 15- bis 44jährige Frauen) ist zwar ein recht brauchbares, aber immer noch recht grobes Maß für die Beurteilung

der Fruchtbarkeit. Genauere Aufschlüsse liefern die auf die einzelnen Altersjahrgänge bezogenen Fruchtbarkeitsziffern. Hier zeichnet sich, wie das folgende Bild zeigt, schon seit einigen Jahren eine interessante Entwicklung ab. Von Jahr zu Jahr steigt die Fruchtbarkeit der Frauen im jüngsten Alter. Das Maximum der Fruchtbarkeit, das 1960 noch für die Frauen von 25 Jahren ermittelt wurde, liegt für 1967 bereits bei 22 Jahren. Diese Entwicklung kann zwei Gründe haben: eine wachsende Zahl von verehelichten jungen Frauen und eine echte Zunahme der Fruchtbarkeit. Unsere statistischen Unterlagen lassen es zur Zeit jedoch nicht zu, diese beiden Komponenten zu isolieren.

Fruchtbarkeitsziffern 1960 - 1967



1967 wurden 1 926 Kinder unehelich geboren, das waren 4% aller Lebendgeborenen. Eine so niedrige Quote wurde nie zuvor registriert. Kurz vor dem ersten Weltkrieg wurde z. B. jedes zehnte Kind unehelich geboren, 1938 jedes 14. Kind (7%). Nach dem zweiten Weltkrieg wurde allerdings eine erheblich höhere Unehelichenquote festgestellt als nach dem ersten. 1946 kam z. B. jedes fünfte Kind unehelich zur Welt. Seitdem sinkt die Quote fast ununterbrochen von Jahr zu Jahr.

Die Unehelichenquote korreliert mit der Gemeindegröße. Die nachstehende Tabelle zeigt, daß sich auch 1965, 1966 und 1967 nichts daran geändert hat. 1967 z. B. wurde von je 100 Lebendgeborenen in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern 3, in den Gemeinden zwischen 2 000 und 100 000 Einwohnern 4 und in den beiden Großstädten 6 unehelich geboren.

Uneheliche Kinder nach der Gemeindegröße

Jahr	Uneheliche unter den Lebendgeborenen in % in Gemeinden mit			
	insgesamt	unter 2 000	2 000 – 100 000	100 000 und mehr
1937	7,3	6,4	6,7	9,8
1953	10,8	10,9	10,3	12,1
1959	7,6	6,8	7,6	9,1
1965	4,4	3,2	4,3	6,5
1966	4,3	3,3	4,1	6,3
1967	4,2	3,2	4,2	5,9

Der Rückgang der Unehelichenquote läßt sich in allen Bundesländern feststellen. Im gesamten Bundesgebiet ist die Zahl der unehelich Lebendgeborenen in den Jahren 1963 bis 1966 von 52,3 auf 45,6 je 1 000 Lebendgeborene gesunken.

Uneheliche Lebendgeborene auf 1 000 Lebendgeborene
– Durchschnitt aus 1963 bis 1966 –

Land	Uneheliche auf 1 000 Lebendgeborene
Berlin (West)	100,3
Bayern	68,4
Hamburg	66,8
Bremen	57,2
Baden-Württemberg	48,3
Schleswig-Holstein	46,4
Hessen	45,9
Rheinland-Pfalz	39,9
Niedersachsen	39,3
Nordrhein-Westfalen	38,0
Saarland	37,7
Bundesgebiet	48,7

Schleswig-Holstein nimmt mit seiner Quote unter den 11 Bundesländern einen Mittelplatz ein, wie die vorstehende Übersicht zeigt. Die höchste Unehelichenquote wurde für Westberlin errechnet. Dort wurde im Durchschnitt der Jahre 1963 bis 1966 jedes zehnte lebendgeborene Kind als uneheliches zur Welt gebracht. Auch die beiden anderen Stadtstaaten liegen mit ihren Unehelichenquoten über dem

Bundesdurchschnitt, wenn sie auch mit 66,8 (Hamburg) und 57,2 (Bremen) erheblich niedriger sind als in Westberlin. An zweiter Stelle liegt Bayern mit 68,4 unehelichen Kindern je 1 000 Lebendgeborene. Im Saarland hingegen werden von 1 000 Kindern nur 37,7 unehelich geboren.

Von den 45 351 Lebendgeborenen des Jahres 1967 waren 23 385 Jungen und 21 966 Mädchen. Daraus errechnet sich eine Geschlechterproportion von 106,5 Jungen je 100 Mädchen. In den beiden Vorjahren belief sie sich auf 104,8 (1966) und 104,1 (1965). Die Sexualproportion schwankt jährlich. In den 23 Jahren seit 1945 hat sie nur dreimal den Wert von 105 unterschritten. Die höchste Proportion ergibt sich für 1946. Damals wurden je 100 Mädchen 110,5 Jungen geboren. Im folgenden Jahr sank der Wert jedoch wieder stark ab auf 106,1.

Von 100 Kindern wird zur Zeit eins tot geboren, vor zwölf Jahren waren es noch 2. Die meisten totgeborenen Kinder sind Jungen. 1967 wurden z. B. 271 Jungen und 217 Mädchen tot zur Welt gebracht. Die Sexualproportion lautet für dieses Jahr auf 125 Jungen je 100 Mädchen. Sie schwankt jedoch erheblich stärker als die entsprechende Proportion der Lebendgeborenen. 1966 belief sie sich auf 110, 1965 auf 104, 1964 dagegen wieder auf 124 Jungen je 100 Mädchen.

Der Anteil der unehelichen Kinder ist unter den Totgeborenen höher als unter den Lebendgeborenen. 1967 wurden 4% der lebendgeborenen, aber 9% der totgeborenen Kinder von einer unverheirateten Mutter geboren. Auch bei den unehelich Totgeborenen zeigt sich ein deutlicher Rückgang ihrer Zahl, genauso wie bei den unehelich Lebendgeborenen. 1945 war noch jedes vierte totgeborene Kind unehelich.

Das Verhältnis der Totgeborenen zu den Lebendgeborenen nimmt mit steigendem Alter

Totgeborene nach dem Alter der Mutter 1967

Geburtsjahr der Mutter	Lebendgeborene	Totgeborene	
		Anzahl	In % der Lebendgeborenen
1949 – 1953	1 178	8	0,68
1944 – 1948	11 533	104	0,90
1939 – 1943	16 793	140	0,83
1934 – 1938	10 754	130	1,21
1929 – 1933	3 718	65	1,75
1924 – 1928	1 218	33	2,71
1923 und früher	157	8	5,10
	45 351	488	1,08

der Mutter zu, wie die vorstehende Übersicht für das Jahr 1967 zeigt.

Mehr als vier Fünftel aller Lebendgeborenen werden in einem Krankenhaus oder einem Entbindungsheim zur Welt gebracht. Nur noch 14% Hausgeburten wurden 1967 festgestellt. Die Zunahme der Anstaltsgeburten und die Abnahme der Hausgeburten hat sich damit weiter fortgesetzt, wie die nebenstehende Zusammenstellung deutlich zeigt. 1951 wurden noch 71% aller Kinder im Hause geboren und erst 29% in Anstalten. Der Anteil der Anstaltsgeburten hat sich seit damals verdreifacht.

Je größer die Wohngemeinde der Mutter ist, desto häufiger wird das Kind in einer Anstalt zur Welt gebracht. Das zeigt die folgende Tabelle, in der die Geborenen nach der Größe der Gemeinde geordnet sind, in der die Mutter zur Wohnbevölkerung rechnet.

Lebendgeborene nach dem Ort ihrer Geburt

Jahr	Anstaltsgeburten		Hausgeburten
	in %		
1951	29,1		70,9
1952	33,7		66,3
1953	37,1		62,9
1954	42,2		57,8
1955	44,0		56,0
1956	47,0		53,0
1957	51,6		48,4
1958	55,0		45,0
1959	57,5		42,5
1960	61,5		38,5
1961	65,3		34,7
1962	68,3		31,7
1963	72,2		27,8
1964	76,6		23,4
1965	80,4		19,6
1966	<u>83,6</u>		<u>16,4</u>
1967	86,1		13,9

Anstalts- und Hausgeburten nach der Gemeindegröße 1967

Einwohner	Lebendgeborene	Anstaltsgeburten		Hausgeburten	
		Anzahl	%	Anzahl	%
weniger als 2 000	12 314	9 866	80,1	2 448	19,9
davon mit einem Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung von ... %					
40 und mehr	3 299	2 531	76,7	768	23,3
20 - 40	6 265	5 029	80,3	1 236	19,7
unter 20	2 750	2 306	83,9	444	16,1
2 000 - 5 000	4 814	4 162	86,5	652	13,5
5 000 - 20 000	10 269	9 221	89,8	1 048	10,2
20 000 - 100 000	9 685	8 312	85,8	1 373	14,2
100 000 und mehr	8 269	7 471	90,3	798	9,7
Insgesamt	45 351	39 032	86,1	6 319	13,9

Bei der Geburt eines unehelichen Kindes wird offenbar nicht ganz so häufig ein Krankenhaus oder eine Entbindungsanstalt aufgesucht wie bei der Geburt eines ehelichen Kindes. Eheliche Kinder wurden 1967 zu 86%, uneheliche jedoch nur zu 82% in einer solchen Einrichtung geboren. Für 1965 und 1966 sind ähnliche Unterschiede festzustellen.

Trotz des hohen Anteils an Anstaltsgeburten nimmt Schleswig-Holstein in der Skala der 11 Bundesländer erst den vorletzten Platz ein. An der Spitze stehen die Stadtstaaten, in denen die Bevölkerung in unmittelbarer Nähe von Kliniken lebt. Die Einwohner der Flächenstaaten haben zum Teil erheblich längere Wege in Kauf zu nehmen, wenn sie eine Krankenanstalt aufsuchen wollen.

In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sind Hausgeburten recht selten. Nur 3 bis 4 von 100 Kindern werden dort noch zu Hause zur Welt gebracht. Bremen steht diesen beiden Städten in der Häufigkeit der Anstaltsgeburten nur wenig nach. An der Spitze der Flächen-

staaten steht Nordrhein-Westfalen, wo nur 6,6% der Bevölkerung in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern leben, am Ende Rheinland-

Anstalts- und Hausgeburten 1966 nach Bundesländern
- Lebend- und Totgeborene -

Land	Anstaltsgeburten		Hausgeburten
	in %		
Berlin (West)	96,6		3,4
Hamburg	95,8		4,2
Bremen	91,6		8,4
Nordrhein-Westfalen	89,4		10,6
Saarland	87,7		12,3
Hessen	87,1		12,9
Bayern	86,2		13,8
Baden-Württemberg	85,0		15,0
Niedersachsen	85,0		15,0
Schleswig-Holstein	<u>83,7</u>		<u>16,3</u>
Rheinland-Pfalz	82,3		16,8
Bundesgebiet	87,1		12,9

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1968, Heft 1 (Januar)

Pfalz mit 39% der Einwohnerschaft in den kleinen Gemeinden.

Anstalts- und Hausgeburten 1965 bis 1967 nach der Geburtenfolge

Ordnungsnummer des Kindes	Ehelich lebendgeborene Kinder	Anstaltsgeburten		Hausgeburten	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Erstes	52 296	47 232	90,3	5 064	9,7
Zweites	42 674	36 372	85,2	6 302	14,8
Drittes	19 984	15 572	77,9	4 412	22,1
Viertes	8 033	5 538	68,9	2 495	31,1
Fünftes	3 469	2 103	60,6	1 366	39,4
Sechstes	1 742	945	54,2	797	45,8
Siebentes	854	426	49,9	428	50,1
Achtes	520	238	45,8	282	54,2
Neuntes u. m.	556	254	45,7	302	54,3
Insgesamt	130 128	108 680	83,5	21 448	16,5

Ob ein Kind in einer Anstalt oder zu Hause zur Welt gebracht wird, hängt auch davon ab, ob es das erste Kind der Mutter ist oder nicht. Je mehr Kinder eine Frau bereits geboren hat, desto häufiger sind Hausgeburten.

Bei den erstgeborenen Kindern wäre am ehesten zu vermuten, daß die aufgezeigten Unterschiede zwischen Stadt und Land sich verwischen. Das ist aber nicht der Fall. Auch bei den Erstgeborenen steigt der Anteil der Anstaltsgeburten mit wachsender Gemeindegröße. In den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern mit 40 und mehr Prozent landwirtschaftlicher Bevölkerung wurden z. B. im Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1967 83 von 100 erstgeborenen Kindern in Anstalten geboren, in den beiden Großstädten Kiel und Lübeck zusammengenommen dagegen 96 von 100 Erstgeborenen.

Ehelich erstgeborene Kinder nach der Gemeindegröße 1965 bis 1967

Einwohner	Erstgeborene insgesamt	Anstaltsgeburten		Hausgeburten	
		Anzahl	%	Anzahl	%
weniger als 2 000	12 230	10 402	85,1	1 828	14,9
davon mit einem Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung von ... %					
40 und mehr	2 842	2 359	83,0	483	17,0
20 - 40	6 174	5 259	85,2	915	14,8
unter 20	3 214	2 784	86,6	430	13,4
2 000 - 5 000	5 354	4 823	90,1	531	9,9
5 000 - 20 000	12 702	11 878	93,5	824	6,5
20 000 - 100 000	11 447	10 037	87,7	1 410	12,3
100 000 und mehr	10 563	10 092	95,5	471	4,5
Insgesamt	52 296	47 232	90,3	5 064	9,7

Nicht in allen Monaten des Jahres werden gleich viel Kinder geboren. Es zeigt sich vielmehr eine Häufung in den Monaten Februar bis Juni und dann noch einmal im September. Es liegt auf der Hand, daß dies auch mit den Schwankungen der Eheschließungen im Jahresablauf zusammenhängt.

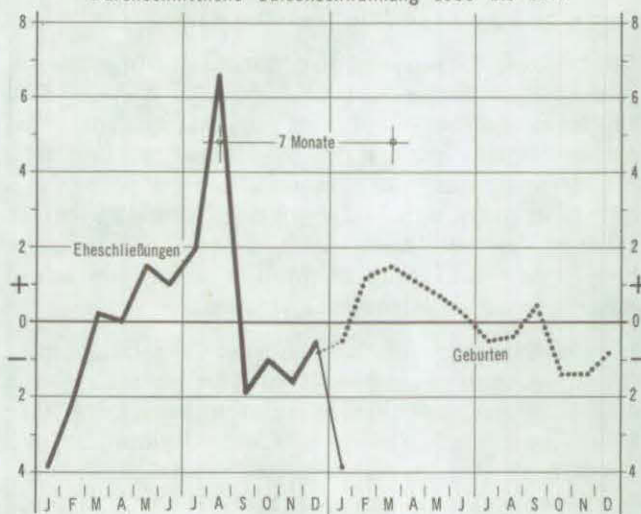
Um diesen Zusammenhang nicht nur an den Ergebnissen eines Jahres darzustellen, sind aus den Werten seit 1960 für die Eheschließungsziffern und die Geburtenziffern die Saisonnormalen berechnet worden. Dazu wurde zunächst der Trend ermittelt. Die Abweichungen der Einzelwerte von den Trendwerten ergaben die Saisonwerte. Die für die einzelnen Monate berechneten Durchschnitte aus den Saisonwerten der Jahre seit 1960 sind die Werte der Saisonnormalen.

Es zeigt sich, daß die saisonalen Höchstauschläge der Geburten in einem Zeitraum

D - 3964

Eheschließungen und Geburten im Jahresablauf

Durchschnittliche Saisonschwankung 1960 bis 1967



von 6 bis 9 Monaten nach der saisonalen Spitze der Heiraten auftreten. Die Erklärung hierfür geben die Zahlen der ehelich erstgeborenen Kinder, die im ersten Ehejahr geboren werden. Obwohl sie nur ein Fünftel aller ehelich Lebendgeborenen ausmachen, beeinflussen sie die monatlichen Geburtenschwankungen nicht unerheblich. Von ihnen werden besonders viele 3 bis 7 Monate nach der Eheschließung geboren. Daß die saisonalen Spitzen der Geburten nicht genau im gleichen Abstand vom Hauptheiratsmonat August auftreten, kann freilich bei dem vergleichsweise geringen Anteil der im ersten Ehejahr Erstgeborenen nicht überraschen.

Mehrlingsgeburten sind recht selten. Auf 100 Einzelgeburten kam 1967 eine Mehrlingsgeburt. Fast immer waren es Zwillingsgeburten. 461 Frauen schenkten Zwillingen, 4 Frauen Drillings das Leben. Von den 922 Zwillingen wurden 13 Jungen und 12 Mädchen tot geboren, von den 12 Drillingskindern 1 Mädchen.

Von den 43 425 ehelich lebend geborenen Kindern hatten 42 750 einen deutschen, 675 einen ausländischen Vater, 42 829 eine deutsche und 596 eine ausländische Mutter. Von 395 Kindern besaßen beide Elternteile eine ausländische Staatsangehörigkeit. Besonders zahlreich sind dabei die Kinder von Türken (101), Griechen (100) und Spaniern (63).

Die Gestorbenen

In den drei Berichtsjahren sind insgesamt 89 308 Einwohner verstorben, und zwar 45 492 männliche und 43 816 weibliche. Rund 51% aller Toten waren also männlichen Geschlechts.

Nach verhältnismäßig vielen Todesfällen im Säuglingsalter nehmen die Sterbezahlen zunächst mit steigendem Alter ab, um später rasch anzusteigen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Gestorbene nach dem Alter in den Jahren 1965 bis 1967

Alter in Jahren	Gestorbene (ohne Totgeborene)						Gestorbene je 1 000 Einwohner 1967	
	1965		1966		1967		männlich	weiblich
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich		
unter 1	518	385	552	390	518	332	22,4	15,1
1 - 5	118	102	93	90	108	70	1,2	0,8
5 - 10	62	42	66	41	66	41	0,7	0,5
10 - 20	145	51	146	68	142	68	0,9	0,4
20 - 45	778	478	849	475	813	460	1,9	1,1
45 - 65	3 490	2 388	3 276	2 375	3 265	2 230	13,4	6,8
65 und mehr	10 065	11 319	10 202	11 188	10 220	11 223	74,1	53,8
Insgesamt	15 176	14 765	15 184	14 627	15 132	14 424	12,7	11,1

Die auf 1 000 der mittleren Bevölkerung bezogenen Sterbeziffern des weiblichen Geschlechts überschreiten in den drei Jahren niemals die des männlichen Geschlechts.

Die meisten Gestorbenen waren verheiratet oder verwitwet gewesen. Von den Verheirateten starben jedes Jahr durchschnittlich 9 300 Männer und 4 100 Frauen, von den Witwern 3 700 und den Witwen 8 100.

Auch im Berichtszeitraum ist die Säuglingssterblichkeit weiter zurückgegangen. Zur Zeit sterben von 1 000 Lebendgeborenen 19 im ersten Lebensjahr. Innerhalb von 10 Jahren hat sich die Quote damit fast halbiert. Wie stark sich die medizinische Vorsorge und die wachsende Hygiene ausgewirkt haben, läßt sich an der folgenden Zusammenstellung der Säuglingssterblichkeit ablesen:

Von 1 000 Lebendgeborenen im 1. Lebensjahr Gestorbene

1880 = 162	1940 = 51
1890 = 153	1950 = 50
1900 = 166	1960 = 31
1910 = 138	1965 = 20
1920 = 106	1966 = 21
1930 = 81	1967 = 19

International gesehen, ergibt sich für Schleswig-Holstein kein ungünstiges Bild, obwohl es Länder gibt, etwa Schweden und die Niederlande, die eine nennenswert niedrigere Säuglingssterblichkeit haben. Gewisse methodische Unterschiede, die den Vergleich stören könnten, sind jedoch nicht auszuschließen.

Weitaus die meisten Säuglinge, die im ersten Lebensjahr sterben, überleben schon den

Säuglingssterblichkeit in Europa

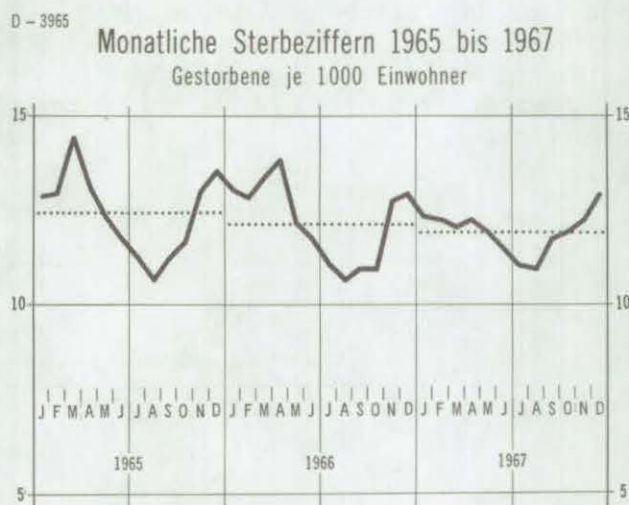
Gebiet	Jahr	Im 1. Lebensjahr Gestorbene auf 1 000 Lebendgeborene ¹
Bundesrepublik Deutschland	1966 ^a	23,6
Schleswig-Holstein	1966	20,5
Sowjetische Besatzungszone und Sowjetsektor von Berlin	1966 ^a	23,2
Belgien	1965	24,1
Bulgarien	1965	30,8
Dänemark ²	1965	18,7
Finnland	1965	17,6
Frankreich	1966 ^a	21,7
Griechenland	1966	33,7
Großbritannien und Nordirland	1966	19,6
Irland	1966	24,9
Island	1965	15,0
Italien	1965	35,6
Jugoslawien	1965	71,5
Luxemburg	1966	26,8
Niederlande	1965	14,4
Norwegen	1964	16,4
Österreich	1966 ^a	28,1
Polen	1965	41,8
Portugal	1966	65,0
Rumänien	1965	44,1
Schweden	1965	13,3
Schweiz	1965	17,8
Sowjetunion	1965	27,0
Spanien	1966 ^a	34,6
Tschechoslowakei	1966 ^a	23,7
Ungarn	1965	33,8

- 1) ohne Totgeborene
- 2) ohne Färöer und Grönland
- a) vorläufiges Ergebnis

Quelle:
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967 u. 1968

ersten Monat nicht. In den drei Berichtsjahren verstarben drei Viertel aller im Säuglingsalter sterbenden Kinder im ersten Lebensmonat. Von ihnen wiederum erreichten die meisten nur ein Alter von höchstens 7 Tagen. Je älter die Kleinkinder werden, desto mehr sinkt ihr Anteil an den Säuglingssterbefällen. Von 100 im ersten Lebensjahr sterbenden Kindern befand sich im Durchschnitt nur eines im zwölften Lebensmonat.

In der kalten Jahreszeit sterben die meisten Menschen. Die auf 1 000 Einwohner berechneten monatlichen Sterbeziffern nehmen in der grafischen Darstellung daher die Gestalt einer U-Kurve an, mit der tiefsten Stelle in den Sommermonaten. Die Kurve zeigt eine sinkende



Im ersten Lebensjahr Gestorbene nach dem Alter in den Jahren 1965 bis 1967

Alter (von ... bis unter ...)	1965		1966		1967	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
0 - 1 Monat	695	77,0	701	74,4	651	76,6
darunter: 0 - 7 Tage	619	68,5	623	66,1	567	66,7
1 - 2 Monate	31	3,4	42	4,5	42	4,9
2 - 3 "	29	3,2	38	4,0	25	2,9
3 - 4 "	19	2,1	27	2,9	17	2,0
4 - 5 "	17	1,9	21	2,2	21	2,5
5 - 6 "	20	2,2	20	2,1	20	2,4
6 - 7 "	16	1,8	20	2,1	17	2,0
7 - 8 "	15	1,7	22	2,3	17	2,0
8 - 9 "	20	2,2	10	1,1	10	1,2
9 - 10 "	10	1,1	13	1,4	14	1,6
10 - 11 "	20	2,2	18	1,9	8	0,9
11 - 12 "	11	1,2	10	1,1	8	0,9
Insgesamt	903	100	942	100	850	100

Tendenz, entsprechend dem Rückgang der allgemeinen Sterbeziffer von 12,4 über 12,1 auf 11,9 je 1 000 der Bevölkerung.

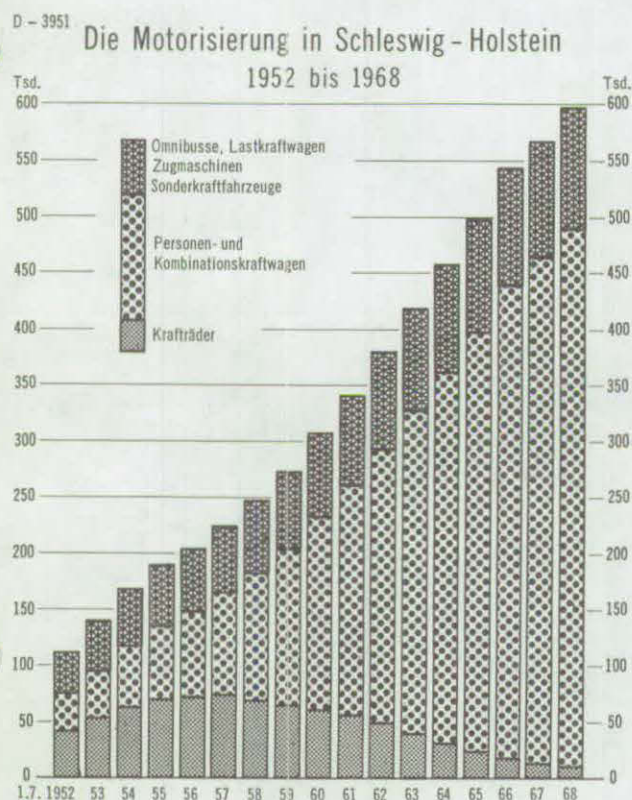
Vergleiche auch: "Die natürliche Bevölkerungsbewegung 1964" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 28 (Februar)

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Die Autowelle in Schleswig-Holstein

In den letzten zwei Jahrzehnten löste das wirtschaftliche Wachstum und der damit verbundene zunehmende Wohlstand in den Industrieländern eine Motorisierungswelle aus, die bis heute noch nicht ausgeklungen ist. In dieser Zeit hat sich der Bestand an Kraftfahrzeugen erheblich vergrößert und gleichzeitig seine Struktur grundlegend geändert. Anhand der ausführlichen Tabellenwerke, die das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg jährlich über Bestand, Neuzulassungen, Besitzumschreibungen und Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern veröffentlicht, stellen die folgenden Ausführungen Bestandszunahme und Strukturveränderung der in Schleswig-Holstein zugelassenen Kraftfahrzeuge dar.

in unserem Land nicht nur beträchtlich größer geworden ist, sondern sich auch erheblich anders zusammensetzt als früher. Diese Strukturveränderung bestand vor allem darin, daß im Laufe der Zeit die Krafträder durch Personenautos ersetzt wurden und daß, wie später noch zu zeigen sein wird, der Anteil der Kleinwagen zugunsten größerer und sichererer Personenautos zurückging. Wie man auf dem Bild sieht, hatte sich die Zahl der Krafträder in der Zeit von Mitte 1952 bis Mitte 1957 beachtlich vergrößert, vermindert sich aber seitdem von Jahr zu Jahr ständig. Im Juli 1957 waren in Schleswig-Holstein annähernd 73 000 zugelassene Motorräder und Motorroller registriert, im Juli 1968 indessen nur noch knapp 10 000. Im Gegensatz dazu ist der Bestand an Personenautos laufend kräftig gewachsen. Mitte 1955 lag die Zahl der Personenautos mit 65 000 noch rund 5 000 unter der Zahl der Krafträder, d. h. auf jedes Kraftrad kam weniger als ein Personenauto. Am gesamten Kraftfahrzeugbestand hatten die Personen- und Kombinationskraftwagen damals einen Anteil von 34% und die Krafträder einen Anteil von 37% zu verzeichnen. Mitte 1968 dagegen entfielen auf ein Kraftrad fast 50 Personenautos. Der Anteil der Personenkraftwagen am gesamten Kraftfahrzeugbestand machte jetzt 80% aus, während der Anteil der Krafträder nur noch 1,6% betrug.



Anfang Juli 1952 waren in Schleswig-Holstein 112 000 Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen, und zwar 34 000 Personen- und Kombinationskraftwagen, 41 000 Krafträder und 37 000 Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Omnibusse und Sonderfahrzeuge. Mitte 1968 - also 16 Jahre später - belief sich die Zahl der in Schleswig-Holstein zugelassenen Kraftfahrzeuge auf 596 000; davon waren 478 000 Personenkraftwagen, 10 000 Krafträder und 108 000 Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Omnibusse und Sonderfahrzeuge. Diese wenigen Zahlen und das Bild dazu vermitteln einen Eindruck davon, daß der Kraftfahrzeugbestand

Während der 16 Jahre von 1952 bis 1968 hat auch die Zahl der Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Omnibusse und Sonderfahrzeuge ständig zugenommen. Aber die Vergrößerung dieser Fahrzeuggruppe war bei weitem nicht so stark wie die Bestandserweiterung der Personenkraftwagen. Die schweren Fahrzeuge bildeten 1952 mit einem Anteil von 33% am gesamten Kraftfahrzeugbestand nach den Krafträdern die zweitgrößte Fahrzeuggruppe. Im Juli 1968 betrug ihre Zahl 108 000, sie war also fast dreimal so groß wie vor 16 Jahren. Aber ihr Anteil am gesamten Kraftfahrzeugbestand war jetzt nur noch gut halb so groß wie damals. In der gleichen Zeit, in der sich ihr Bestand verdreifachte, vergrößerte sich nämlich der Bestand an Personenautos auf das 14fache.

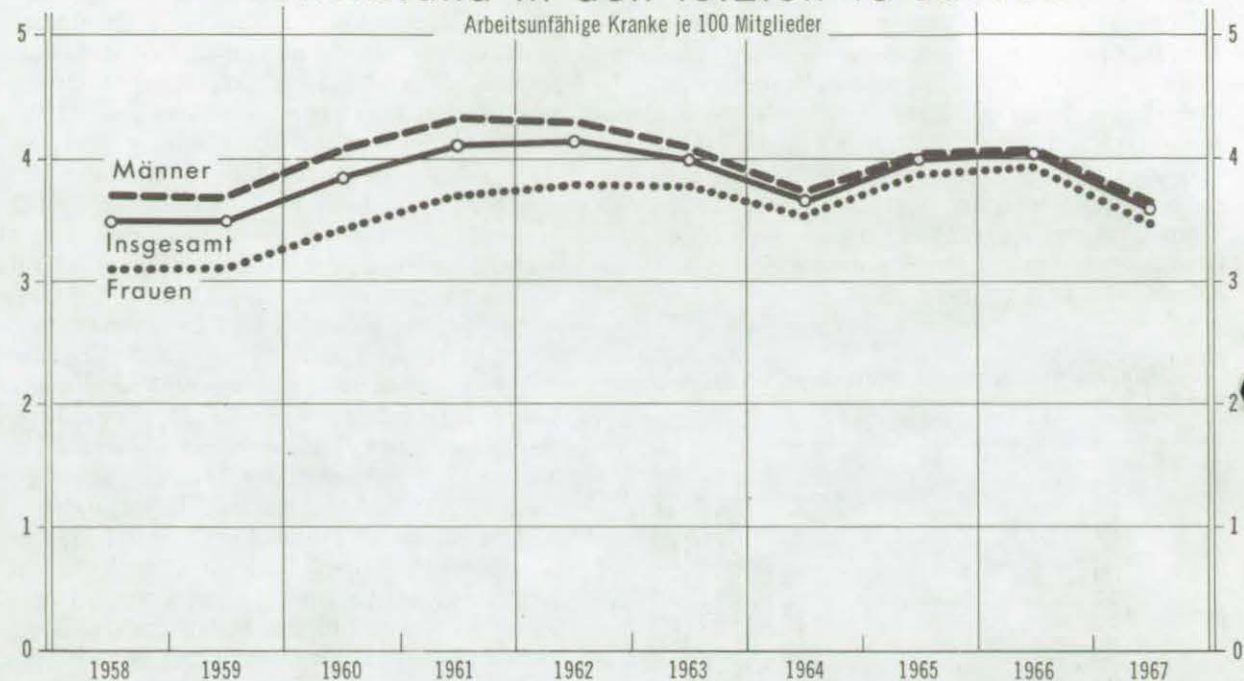
Mitte 1968 waren in Schleswig-Holstein 108 000 Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Sonderfahrzeuge und Omnibusse zum Verkehr zugelassen. Diese Fahrzeuggruppe setzt sich folgendermaßen zusammen:

- 35 % sind Lastkraftwagen
- 59 % " Zugmaschinen
- 5 % " Sonderfahrzeuge
- 1 % " Omnibusse.

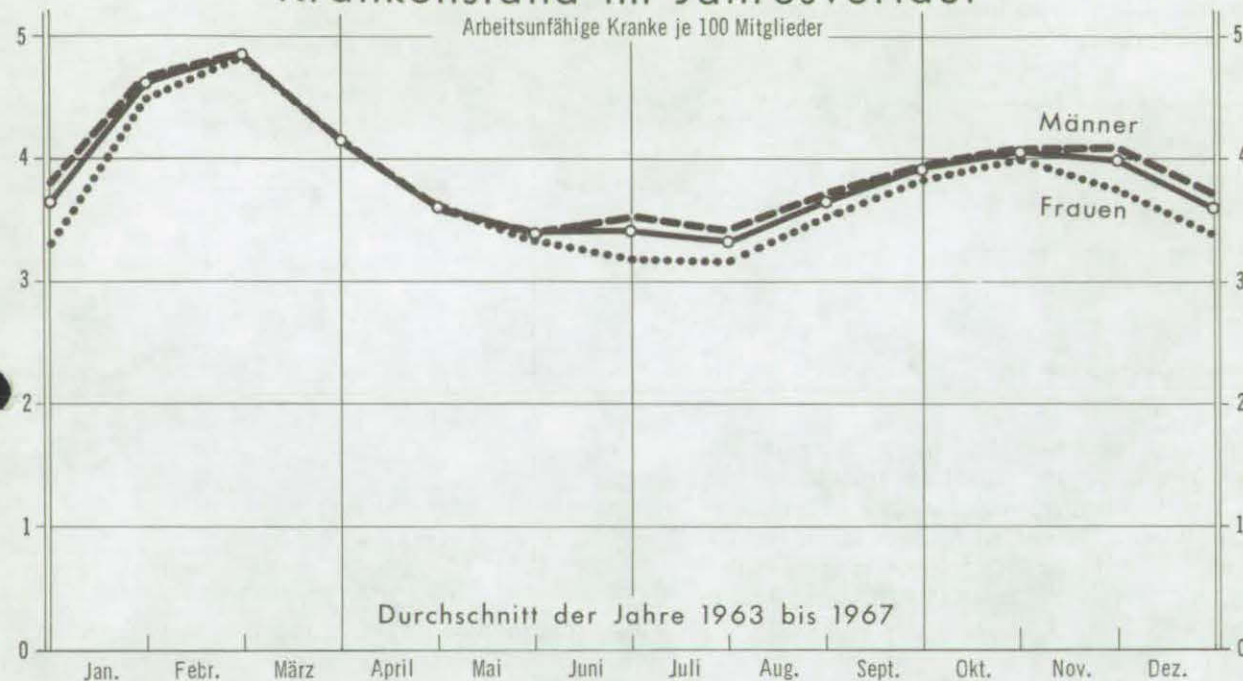
DATEN ZUR GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG

Pflichtversicherte und freiwillig Versicherte, ohne Rentner

Krankenstand in den letzten 10 Jahren



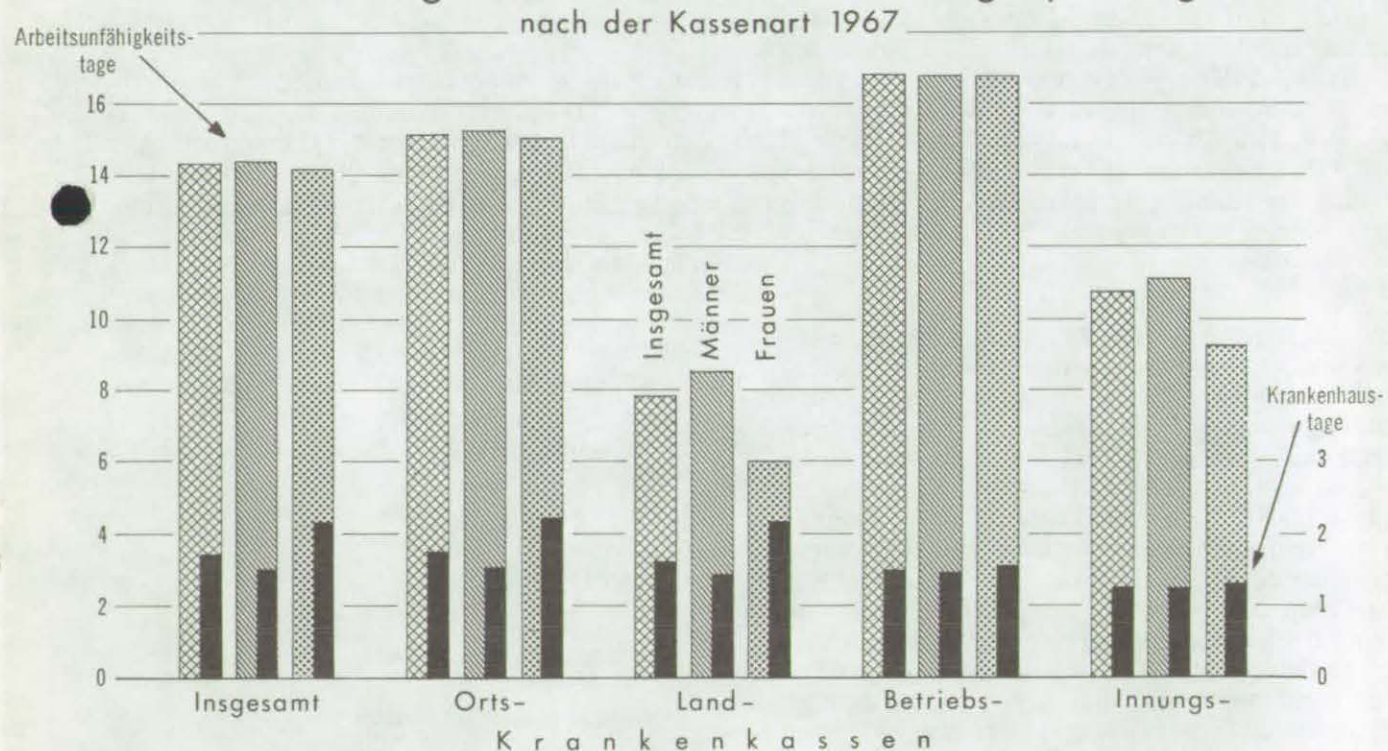
Krankenstand im Jahresverlauf



Die wichtigsten Leistungen für Mitglieder



Arbeitsunfähigkeits- und Krankenhaustage je Mitglied



Bei 95% der Zugmaschinen handelt es sich um Ackerschlepper, die hauptsächlich für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen eingesetzt werden. Zu den 5 450 Sonderfahrzeugen gehören Tankkraftwagen, Krankenautos, Feuerlöschwagen, Abschleppwagen, Straßenreinigungswagen, Müllautos und dergleichen mehr.

Für Mitte 1968 ergibt sich für Schleswig-Holstein folgender Gesamtbestand an zugelassenen Kraftfahrzeugen:

443 000 Personenkraftwagen, darunter vorübergehend abgemeldet	8 %
36 000 Kombinationskraftwagen	" 8 %
1 500 Omnibusse und O-Busse	" 7 %
38 000 Lastkraftwagen	" 11 %
63 000 zulassungspflichtige Zugmaschinen	" 4 %
5 450 Sonderfahrzeuge	" 5 %
9 700 Krafträder	" 40 %
596 000 Kraftfahrzeuge insgesamt	" 8 %

Außer diesen annähernd 600 000 Kraftfahrzeugen waren in Schleswig-Holstein Mitte 1968 noch 23 500 Kraftfahrzeuganhänger zum Verkehr zugelassen. Reichlich 8% von allen Kraftfahrzeugen waren vorübergehend abgemeldet, bei den Krafträdern machte dieser Anteil allerdings 40% aus.

Die Entwicklung des Pkw-Bestandes

Nach dem Überblick über die Entwicklung des gesamten Kraftfahrzeugbestandes und der Änderung seiner Struktur konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf Ausdehnung und Strukturwandel des Pkw-Bestandes. Aus der nachstehenden Tabelle geht hervor, wie sich der Pkw-Bestand und die Pkw-Dichte in den letzten Jahren in unserem Land vergrößert haben. Die Zahlen in der Tabelle enthalten außer den Personenautos auch die Kombinationskraftwagen.

In dem Jahrzehnt von 1956 bis 1966 hat sich der Pkw-Bestand von Jahr zu Jahr stärker erweitert. Mitte 1956 wurden annähernd 11 000 Personenkraftwagen mehr gezählt als Mitte 1955; zehn Jahre später machte der jährliche Bestandszuwachs fast 47 000 Personenautos aus. Damit vermehrte sich die Zahl der in Schleswig-Holstein zugelassenen Personenautos in einem Jahr um etwa so viele Fahrzeuge, wie um diese Zeit in der Landeshauptstadt Kiel überhaupt registriert waren. In den letzten beiden Jahren war die Bestandszunahme mit 30 000 und 27 000 Personenautos allerdings bedeutend geringer als vorher. Infolge des Konjunkturrückschlags, der im Sommer 1966 einsetzte, ging die Nachfrage auf dem Automobilmarkt zurück. 1966 und 1967 wurden

jeweils merklich weniger fabrikneue Personenkraftwagen zum Verkehr zugelassen als im Vorjahr. Hinzu kommt, daß die Zahl der gänzlich aus dem Verkehr gezogenen Personenkraftwagen 1966 und 1967 nennenswert stieg.

Pkw-Bestand und Pkw-Dichte in Schleswig-Holstein einschließlich Kombinationskraftwagen

1. Juli	Pkw-Bestand	Bestandszunahme gegenüber dem Vorjahr	Pkw auf 1 000 Einwohner	Einwohner je Pkw
	1 000			
1955	64,6	10,8	28	35
1956	75,4	10,8	33	30
1957	91,7	16,3	41	25
1958	113,0	21,3	50	20
1959	139,9	26,9	61	16
1960	172,1	32,2	75	13
1961	205,7	33,6	89	11
1962	244,9	39,2	105	10
1963	287,8	42,9	122	8
1964	330,8	43,0	138	7
1965	374,4	43,6	154	6
1966	421,3	46,9	171	6
1967	451,1	29,8	181	6
1968	478,5	27,4	p 191	p 5

Die steigende Motorisierung hat dazu geführt, daß die Pkw-Dichte von Jahr zu Jahr größer wurde. Mitte 1955 kamen auf einen Personenkraftwagen 35 Einwohner in Schleswig-Holstein. Wenn man also damals sämtliche Einwohner mit den in unserem Land vorhandenen Personenkraftwagen hätte befördern wollen, dann hätte man jedes Fahrzeug mindestens siebenmal einsetzen müssen. Inzwischen ist die Bevölkerung Schleswig-Holsteins jedoch so gut mit Personenkraftwagen versorgt, daß jeder Einwohner in den zum Verkehr zugelassenen Personenwagen einen Sitzplatz bekommt. Mit 191 Personenautos auf 1 000 Einwohner oder 5 Einwohnern je Pkw erreichte unser Land Mitte 1968 fast den Bundesdurchschnitt von 194 Personenkraftwagen. Für Vergleiche mit anderen Bundesländern, anderen europäischen Ländern und den USA stehen nur Zahlen von Mitte 1967 zur Verfügung. Damals kamen auf je 1 000 Einwohner

in Hamburg	201 Personenkraftwagen
Hessen	198 "
Baden-Württemberg	195 "
Bayern	187 "
Niedersachsen	182 "
Schleswig-Holstein	181 "
Bremen	179 "
Rheinland-Pfalz	178 "

Nordrhein-Westfalen	177 Personenkraftwagen
Saarland	162 "
Berlin (West)	157 "
Bundesgebiet	184 Personenkraftwagen.

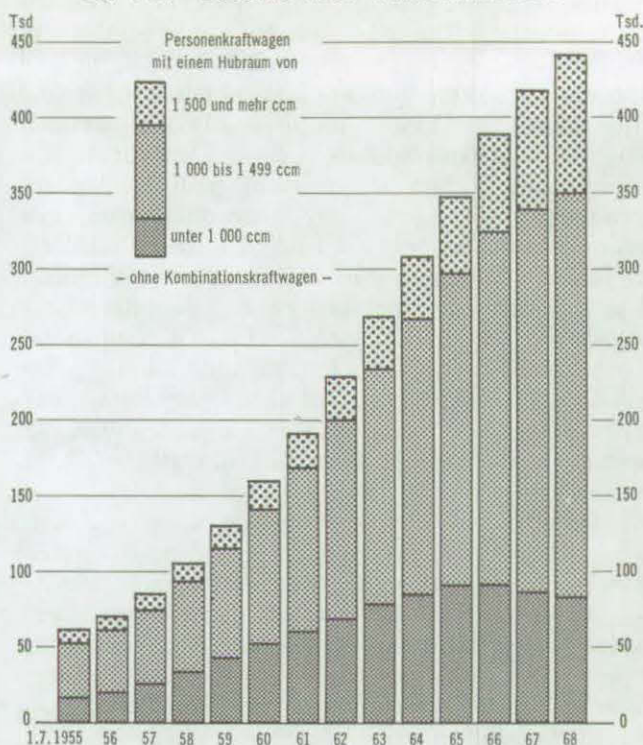
In den Bundesländern Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg lag die Pkw-Dichte beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. In Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Rheinland-Pfalz wich sie nicht weit vom Bundesdurchschnitt ab, während sie in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Saarland und in Berlin (West) merklich geringer war als im Bundesgebiet. Die verschieden starke Motorisierung der Bundesländer hängt mit Unterschieden in der Bevölkerungs-, Erwerbs- und Verkehrsstruktur zusammen. So hat z. B. Berlin (West) von allen Bundesländern den bei weitem größten Anteil an alten und erwerbslosen Menschen. Außerdem spielt bei dem Rückstand in der Motorisierung Berlins sicherlich auch die isolierte Lage dieser Stadt eine Rolle.

Anfang Juli 1967 hatte Schleswig-Holstein mit 6 Einwohnern je Personenkraftwagen die gleiche Pkw-Dichte aufzuweisen wie Dänemark, Großbritannien und die Schweiz. Höhere Pkw-Dichten hatten Frankreich und Luxemburg mit 5, Schweden mit 4 und die USA mit 3 Einwohnern je Personenkraftwagen zu verzeichnen. In Belgien und Norwegen kamen 7 Einwohner auf ein Personenauto, in Österreich, Italien und den Niederlanden 8, in Finnland 9 und in Portugal 38. Mithin war die Motorisierung Mitte 1967 in Portugal noch nicht einmal so weit gediehen, wie Mitte 1955 in Schleswig-Holstein.

Neben der quantitativen Seite der Autowelle interessiert auch, wie sich der Pkw-Bestand qualitativ verändert hat. Aufschluß darüber gibt das zweite Bild. Den bei weitem größten Anteil hatten schon immer die Personenautos mit einem Hubraum zwischen 1 und 1,5 l. Mitte 1967 und Mitte 1968 gehörten drei Fünftel aller Personenwagen zu dieser Hubraumklasse. Diesen hohen Anteil hatte die Mittelwagenklasse bereits in den Jahren 1954 und 1955 aufzuweisen. Aber durch das Vordringen der Kleinwagen sank der Anteil der Mittelwagenklasse von 1955 bis 1960 von 60,5 auf 55,4%, in der gleichen Zeit stieg der Anteil der Kleinwagenklasse von 25,5% auf 33,1%. Der Anteil der größeren Wagen mit einem Hubraum von über 1,5 l war in diesen Jahren auch geringer geworden. Mitte 1955 wurden in Schleswig-Holstein 62 000 Personenkraftwagen ohne Kombinationskraftwagen gezählt. Davon hatte jedes vierte Auto einen Hubraum unter 1 l, alle übrigen Personenautos waren größer. Mitte 1960 gab es 161 000 Personenkraftwagen in

D - 3952

Der Pkw - Bestand nach Hubraumklassen



unserem Land, aber jetzt war jedes dritte ein Kleinwagen mit einem Hubraum unter 1 l. Der Anteil der Wagen, die einen Liter Hubraum und mehr aufzuweisen hatten, war von 75% auf 67% gesunken. In der Zeit von 1961 bis 1966 hat sich zwar die Zahl der Kleinwagen von Jahr zu Jahr noch vergrößert, aber ihr Anteil am gesamten Pkw-Bestand verringerte sich merklich, und in den Jahren 1967 und 1968 verkleinerte sich auch die Anzahl der Kleinwagen, wie man in der obestehenden Grafik sehen kann. Mitte 1968 gab es in Schleswig-Holstein 443 000 Personenkraftwagen, aber nur noch jeder fünfte davon war ein Kleinwagen mit einem Hubraum unter 1 Liter. 81% der Personenwagen hatten jetzt mehr Hubraum.

Der Anteil der größeren Wagen mit einem Hubraum von 1,5 und mehr Litern hat sich indessen seit 1959 von Jahr zu Jahr ständig erweitert. Mitte 1959 betrug er 11,3% und Mitte 1968 20,7%. 1968 wurden in Schleswig-Holstein erstmals mehr größere Wagen mit einem Hubraum über 1,5 l gezählt als Kleinwagen mit einem Hubraum unter 1 Liter.

Als vor fünf Jahren das gleiche Thema in dieser Zeitschrift¹ behandelt wurde, faßte der Autor die qualitative Verbesserung des Kraftfahrzeugbestandes folgendermaßen zusammen: "Wie in allen Bereichen des privaten Ver-

1) "Die Autowelle in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 245 (August)

brauchs ist auch auf dem Gebiet der Fahrzeughaltung eine Tendenz zur höheren Qualität festzustellen. Die Kleinwagen verdrängten die Motorräder. Danach begannen die Wagen der Hubraumklassen 700 bis unter 1 000 ccm und die untere Volkswagenklasse die Kleinwagen abzulösen. Diese Entwicklung ist noch im Gange und schon zeigt sich, daß insgesamt gesehen, der Anteil der Personenautos mit einem Hubraum unter 1 Liter laufend abnimmt, zugunsten des Anteils der größeren Wagen." Die bereits vor fünf Jahren festgestellte Entwicklung hat sich, wie man an den jetzt vorliegenden Zahlen feststellen kann, fortgesetzt. Sicherlich wird sich der Anteil der größeren Wagen mit einem Hubraum von 1,5 und mehr Litern auch in den nächsten Jahren noch vergrößern. Ob sich der Anteil der Kleinwagen weiterhin verringern wird, kann man nicht voraussagen, weil man keine Anhaltspunkte darüber hat, wie das Zweitwagengeschäft anlaufen wird, d. h. in welchem Maße sich Familien einen zweiten Wagen für die Hausfrau oder für größere Kinder anschaffen werden, der in vielen Fällen ein Kleinwagen sein wird.

In einer anderen Betrachtungsweise werden diese strukturellen Veränderungen vielleicht noch deutlicher. Sie geht nicht vom Bestand, sondern von der Bestandszunahme jedes Jahres aus und stellt fest, welchen Anteil daran die einzelnen Hubraumklassen haben.

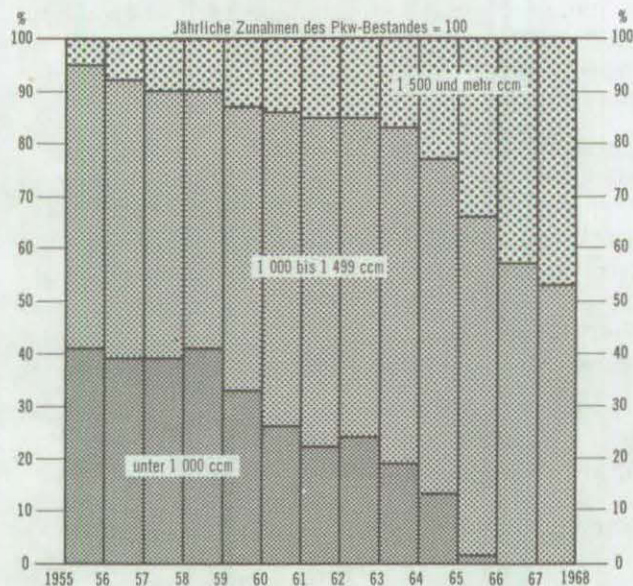
Das Bild zeigt das Ergebnis dieser Betrachtungsweise. Hauptträger der Motorisierung im überschauten Zeitraum sind die mittelgroßen

Autos mit Motoren zwischen 1 und 1,5 l Hubraum. Sie erreichen ihren höchsten Anteil an der jährlichen Bestandszunahme zwischen 1963 und 1966 mit fast zwei Dritteln. Für den Aufschwung der Jahre bis 1964 hatten aber auch die kleinen Wagen eine erhebliche Bedeutung. Ihr Beitrag zur Autowelle war bis 1959 mit 40% beachtlich groß, ging aber seitdem stetig zurück und wurde ab 1967 sogar negativ: der Bestand der kleinen Wagen nahm ab. Sie erlitten damit das gleiche Schicksal wie viel früher schon die Motorräder: einmal in Massen zu erscheinen und dann größeren Neuanschaffungen Platz zu machen. Von 1964 an lösten die Wagen von 1,5 und mehr l Hubraum die kleinen Autos als zweitwichtigste Träger der Autowelle ab. Ihr Anteil übertraf 1965 mit 23% den der Kleinwagen (13%) schon beträchtlich, und er macht Anstalten, 1969 sogar den der mittleren Klasse zu überflügeln und die absolute Mehrheit der jährlichen Bestandszunahme zu erringen. Unwahrscheinlich ist jedoch eine weitere Verschiebung zu immer größeren Hubraumklassen, vielmehr werden sich vermutlich die Anteile der Hubraumklassen in Zukunft auf Werten einpendeln, die denen von 1968 nicht mehr sehr fern liegen werden.

Die Tabellenwerke des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg enthalten auch Angaben über die Hersteller der Kraftfahrzeuge. Mitte 1967 verteilten sich die Personen- und Kombinationskraftwagen in unserem Land folgendermaßen auf die verschiedenen Hersteller:

D - 3953

Anteile der Hubraumklassen am jährlichen Zuwachs des Pkw-Bestandes



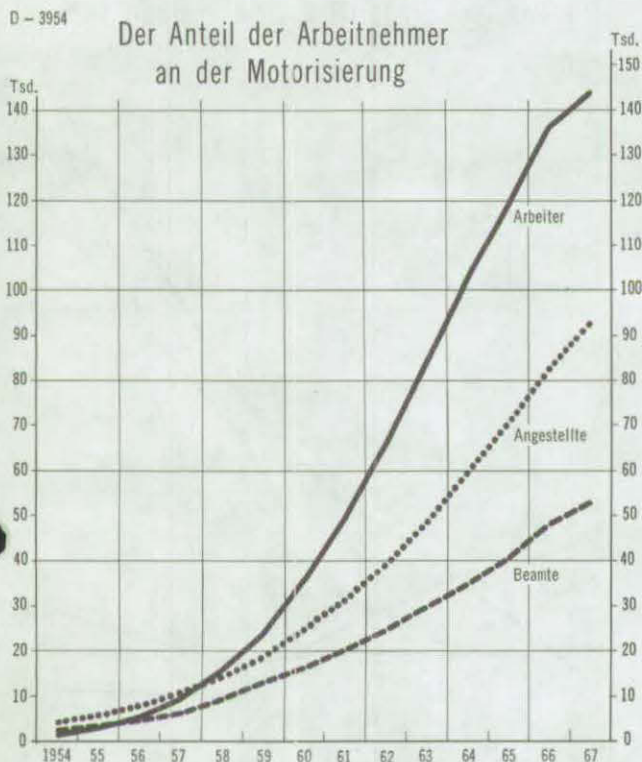
*) 1967 und 1968 hatten die Kleinwagen Abnahmen zu verzeichnen; deshalb wurden die Anteile der beiden anderen Klassen nur an ihrer Summe gemessen, nicht an der solidierten Gesamtsumme.

Volkswagenwerk	37,5 %
Opel	19,1 %
Ford	12,8 %
Daimler Benz	6,0 %
Auto-Union	4,8 %
Fiat	4,0 %
Renault	2,7 %
BMW	2,3 %
NSU	2,2 %
Neckar-Automobilwerke	1,9 %
Lloyd	1,5 %
Glas	1,4 %
Citroen	0,7 %
Simca	0,7 %
Peugeot	0,6 %
Borgward	0,5 %
Skoda	0,3 %
DAF	0,2 %
Galiath	0,1 %
sonstige deutsche Hersteller	0,3 %
sonstige ausländische Hersteller	0,5 %

Hauptträger der Autowelle sind die Arbeitnehmer. Darauf wurde bereits vor fünf Jahren in dieser Zeitschrift hingewiesen.² Mitte 1954 gab es in Schleswig-Holstein 52 400 Personenkraftwagen (ohne Kombinationskraftwagen), 14% davon gehörten Arbeitnehmern. Mitte 1962 wurden 230 000 Personenautos in unserem Land registriert, davon waren 56% in Arbeitnehmerhand. Der Anteil der Personenkraftwagen in Arbeitnehmerhand hatte sich also in den acht Jahren vervierfacht. Mitte 1967 war die Zahl der Personenwagen bei uns auf 418 000 gestiegen und der Anteil der Personenautos, die von Arbeitnehmern gehalten wurden, auf fast sieben Zehntel. Von den 290 000 Personenwagen, die sich Anfang Juli 1967 in Arbeitnehmerhand befanden, gehörten:

50 % Arbeitern
32 % Angestellten
18 % Beamten.

und 19% auf Arbeiter. Der Anteil der Arbeiter unter den Arbeitnehmern mit Pkw erhöhte sich bis 1964 auf 52%. In der gleichen Zeit sank der Anteil der Beamten von 29% auf 18%, und der Anteil der Angestellten von 52% auf 30%. Wie man in der Tabelle sieht, haben die Arbeiter bereits 1956 die Beamten in der Autohaltung zahlenmäßig überholt und 1958 auch die Angestellten. Obwohl die Autohaltung bei den Arbeitern noch kräftig zunimmt, verringert sich der Anteil der Arbeiter an den gesamten Arbeitnehmern mit Pkw seit 1965. Mitte 1964 hatte dieser Anteil noch 52,3% betragen, dagegen Mitte 1967 nur noch 49,7%. Andererseits begann der Anteil der Angestellten unter den Arbeitnehmern mit Pkw, der sich von 1954 bis 1963 von 51,9 auf 29,8% verringert hatte, ab Mitte 1964 langsam wieder zu steigern, so daß er sich Mitte 1967 bereits wieder auf 32,0% belief. Der entsprechende Anteil der Beamten war von 1954 bis 1965 von 29,0% auf 17,4% gefallen und steigt seitdem wieder. Mitte 1967 lag er mit 18,2% geringfügig höher als Mitte 1963.



Die Strukturverschiebung der Pkw-Haltung bei den Arbeitnehmern in Schleswig-Holstein

1. Juli	Pkw im Besitz von					
	Beamten		Angestellten		Arbeitern	
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%
1954	2,1	29,0	3,7	51,9	1,4	19,2
1955	3,0	26,8	5,3	48,5	2,7	24,7
1956	4,1	24,0	7,6	44,7	5,3	31,3
1957	5,9	23,2	10,1	39,9	9,3	36,9
1958	8,9	23,5	13,6	35,9	15,4	40,6
1959	12,6	23,2	18,2	33,4	23,6	43,4
1960	16,0	21,1	24,3	32,1	35,5	46,8
1961	19,8	19,8	30,7	30,8	49,3	49,4
1962	24,2	18,8	38,8	30,1	65,9	51,1
1963	29,5	18,1	48,4	29,8	84,6	52,1
1964	34,6	17,6	59,2	30,1	102,7	52,3
1965	40,2	17,4	70,5	30,6	119,9	52,0
1966	47,9	17,9	82,7	31,0	136,5	51,1
1967	52,8	18,2	92,8	32,0	144,1	49,7

Das obenstehende Bild und die folgende Tabelle veranschaulichen, wie sich in der Zeit von 1954 bis 1967 die Struktur der Pkw-Haltung bei den Arbeitnehmern verschoben hat. Mitte 1954 entfielen von den 7 205 Personenkraftwagen, die im Besitz von Arbeitnehmern waren, 29% auf Beamte, 52% auf Angestellte

Der große Anteil der Arbeiter unter den Arbeitnehmern mit Pkw darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es heute noch viele Arbeiterfamilien gibt, die kein Auto besitzen. Bei Familien mit niedrigerem Einkommen wird die Autohaltung vielfach erst durch die Mitarbeit der Ehefrau ermöglicht.

Dr. Enno Heeren

2) "Die Autowelle in Schleswig-Holstein" In Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 245 (August)

Vergleiche auch: "Die Pkw-Dichte in den Kreisen und kreisfreien Städten" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 220 (September)

Das Vermögen und seine Besteuerung am 1. 1. 1966

Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik

Vom gesamten vorhandenen Vermögen wird durch die Vermögensteuerstatistik nur ein Teil erfaßt, nämlich derjenige, der für die Besteuerung nach den Vorschriften des Vermögensteuergesetzes von Interesse ist. Insbesondere ist in der Vermögensteuerstatistik - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht das Vermögen der öffentlichen Hand enthalten und das Vermögen der Organisationen ohne Erwerbscharakter. Auch die verbleibenden privaten Vermögen sind nur teilweise erfaßt, nämlich dann, wenn ihre Höhe die Steuerfreigrenze überschreitet. Nach dem Vermögensteuergesetz sind für allein veranlagte natürliche Personen 20 000 DM Gesamtvermögen steuerfrei, für Verheiratete und deren Kinder bis zu 18 Jahren bei Zusammenveranlagung sogar 20 000 DM je Person. Überschreitet das Gesamtvermögen, d. h. das Rohvermögen nach Abzug der darauf lastenden Schulden, die genannten Grenzen nicht, so entfällt eine Veranlagung (Nv-Fall). - Für nichtnatürliche Personen gelten besondere Vorschriften.

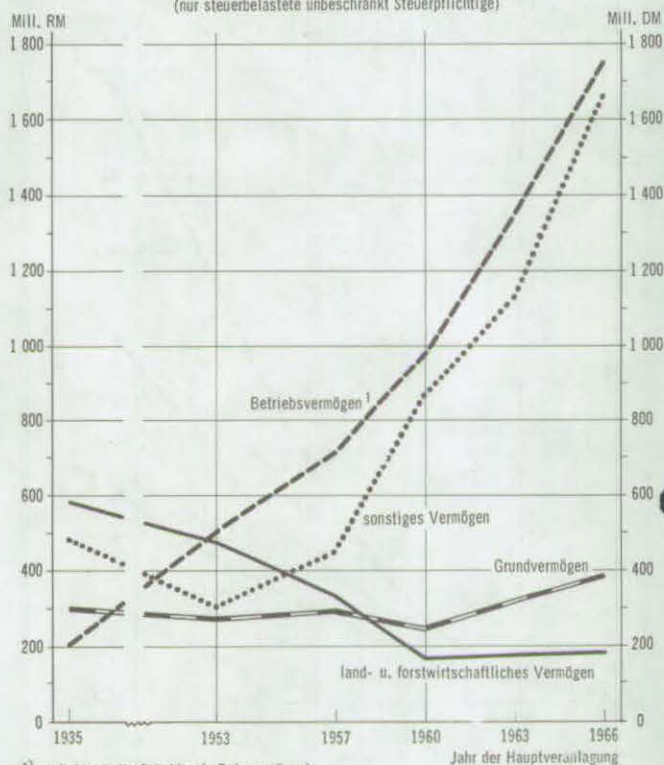
Weitere erhebliche Verzerrungen in der Bestandsaufnahme der privaten Vermögen entstehen durch die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe für die einzelnen Vermögensarten. Die Fragen der Bewertung des der Steuerpflicht unterliegenden Vermögens sind im Bewertungsgesetz geregelt. Danach ist, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, der Vermögenswert auf Grund des gemeinen Wertes¹ zu ermitteln. Soweit Einheitswerte festzustellen sind, richtet sich das Verfahren nach den Bestimmungen über die Feststellung der Einheitswerte. Während das sonstige Vermögen nach dem gemeinen Wert festgesetzt wird, sind für die übrigen Vermögensarten Einheitswerte festzustellen, und zwar für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens in Zeitabständen von 3 Jahren, für die des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens in Zeitabständen von 6 Jahren. Diese Vorschrift wird tatsächlich nur für die Bewertung des Betriebsvermögens angewandt. Für die beiden anderen Vermögensarten ist seit 1935 keine neue steuerlich wirksame Hauptfeststellung der Einheitswerte mehr erfolgt. Der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens liegen daher immer noch die Wertverhältnisse aus dem Jahre 1935 zugrunde. Es braucht nicht weiter hervor-

gehoben zu werden, daß derartige Bewertungsunterschiede zwischen den einzelnen Vermögensarten zu absurden Verzerrungen in der Darstellung des ohnehin unvollständig erfaßten steuerpflichtigen Privatvermögens führen. Die Wertsteigerung des Grund und Bodens in Verbindung mit dem starken Bevölkerungszuwachs seit Kriegsende und der Förderung des Wohnungsbaues kommt unter den Bewertungsverhältnissen von 1935 fast überhaupt nicht zum Ausdruck. Zwar hat man jetzt damit begonnen, die Einheitswerte für den Grundbesitz zum 1. 1. 1964 neu festzustellen und die Verzerrungen damit zu mildern; die steuerliche Wirksamkeit dieser neuen Werte wird aber noch einige Zeit auf sich warten lassen. Für die Vermögensteuerhauptveranlagung auf den 1. 1. 1966 gelten nach wie vor die alten Bewertungsgrundsätze.

D - 3958

Die Entwicklung des Rohvermögens seit 1935

(nur steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige)



¹⁾ nach Abzug der Schulden (= Reinvermögen)

Unter den aufgezeigten Bedingungen werden durch die Vermögensteuerstatistik hauptsächlich die dem Erwerb dienenden Spitzenvermögen erfaßt. Über die Bildung privaten Vermögens in breiten Schichten der Bevölkerung, wie sie von der Bundesregierung seit langem z. B. durch die Erleichterung des Erwerbes von Grundbesitz, aber auch von Wertpapieren (z. B. Volksaktien) gefördert

¹⁾ Gem. § 9 Abs. 2 BewG wird der gemeine Wert durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit eines Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre

wird, kann die Statistik nichts aussagen. Ihre Aussagefähigkeit wird vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus in dem Maße geringer, wie die Bildung privaten Vermögens natürlicher Personen in breiten Schichten zunimmt und umgekehrt.

Hauptergebnisse

Das Ergebnis der Vermögensteuerstatistik 1966 stützt sich in Schleswig-Holstein auf die Durchschriften von 18 632 Veranlagungsbescheiden. Die Zahl der veranlagten Steuerpflichtigen erhöhte sich gegenüber dem vorherigen Hauptveranlagungszeitpunkt, dem 1.1.1963, um 11%. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich damit erstmals die Zahl der Vermögensteuerpflichtigen wieder spürbar erhöht. Von 1953 bis 1960 war ihre Zahl ständig zurückgegangen. Insbesondere nach 1957 verursachte die Heraufsetzung der Freibetragsgrenze eine starke Abnahme der Vermögensteuerpflichtigen. Daneben wirkte sich besonders in den 50er Jahren die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft aus. Von den seit 1935 erstarrten Einheitswerten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens können die Schulden nach den tatsächlichen Wertverhältnissen abgezogen werden; dadurch kam es seinerzeit für viele Land- und Forstwirte nicht mehr zu einer Vermögensteuerveranlagung. Gegenüber 1963 haben sich die gesetzlichen Vorschriften über die Vermögensbesteuerung nur unwesentlich geändert, so daß die Zahlenangaben seitdem recht gut miteinander vergleichbar sind.

Das Gesamtvermögen erhöhte sich zwischen dem 1.1.1963 und dem 1.1.1966 um knapp 1,3 Mrd. DM auf 4,9 Mrd. DM. Das entspricht einem Zuwachs von 35%. Das durchschnittliche Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen stieg von 215 000 auf 262 000 DM. Wie auch 1963 wirkte sich die Zunahme der Steuerpflichtigen und des Gesamtvermögens nur in den mittleren und höheren Vermögensgruppen aus, während die Besetzung der unteren Vermögensgruppen abnahm. Die Tendenz zu einer verstärkten

Das Gesamtvermögen und die Steuerschuld der veranlagten Vermögensteuerpflichtigen

	1953	1957	1960	1963	1966	Veränderung 1966 gegenüber 1963 in %
Steuerpflichtige	25 171	22 930	16 851	16 833	18 632	+ 11
Gesamtvermögen ¹ in Mill. DM	1 464	1 943	2 837	3 626	4 889	+ 35
Steuerschuld in Mill. DM	9	14	21	29	41	+ 41

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

Vermögenskonzentration unter den erfaßten Steuerpflichtigen ist unverkennbar. Die Steuerschuld nahm gegenüber 1963 um 12 Mill. DM auf 41 Mill. DM zu. Ihre Zuwachsrate war mit + 41% am größten. Das verhältnismäßig starke Anwachsen der Steuerschuld ist auf die indirekte Progression zurückzuführen, auf die die Bestimmungen über die Belastung des steuerpflichtigen Vermögens hinauslaufen. Zwar beträgt der Steuersatz lt. Vermögensteuergesetz in der Regel 1% auf das steuerpflichtige Vermögen pro anno, jedoch nimmt mit zunehmendem Vermögen das Gewicht der erheblichen Freibeträge laufend ab. Hierdurch wird indirekt eine Progression der steuerlichen Belastung erreicht.

Das Verhältnis der natürlichen Personen zu den nichtnatürlichen Personen hat sich seit 1963 nur unwesentlich geändert. Nach wie vor sind neun Zehntel der Steuerpflichtigen natürliche Personen und ein Zehntel Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Die Zunahme unter den nichtnatürlichen Personen war zwar relativ etwas größer (+ 18%) als die unter den natürlichen Personen (+ 10%); es fällt dies aber wegen der insgesamt verhältnismäßig kleinen Zahl der Körperschaften nicht sehr ins Gewicht. Auch das Wachstum des Gesamtvermögens je Steuerpflichtigen war bei den

Das Gesamtvermögen der veranlagten natürlichen und nichtnatürlichen Personen

	Natürliche Personen			Nichtnatürliche Personen		
	1963	1966	Veränderung in %	1963	1966	Veränderung in %
Steuerpflichtige	15 050	16 535	+ 10	1 783	2 097	+ 18
Gesamtvermögen ¹ in Mill. DM						
positiv	2 580	3 422	+ 33	1 046	1 467	+ 40
negativ	-	-	-	83	103	+ 24
Steuerpflichtiges Vermögen in Mill. DM	1 917	2 678	+ 40	1 051	1 473	+ 40
Steuerschuld in Mill. DM	19	26	+ 41	10	14	+ 41

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

natürlichen Personen im Durchschnitt geringer. Vom Gesamtvermögen vereinigen die Körperschaften einen erheblich größeren Teil auf sich als ihrer Anzahl unter den Steuerpflichtigen entspricht. Das Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen besteht ausschließlich aus Betriebsvermögen und wird dementsprechend mit einem zeitnahen Wert angesetzt. Dagegen entfällt das viel zu niedrig bewertete land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen fast ausschließlich auf natürliche Personen. Die zur Zeit geltenden unterschiedlichen Bewertungsregeln tragen also erheblich mit dazu bei, daß sich das Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen unter den natürlichen Personen am 1.1.1966 nur auf 207 000 DM, unter den Körperschaften jedoch auf 700 000 DM belief. Die geringe steuerliche Belastung des Gesamtvermögens der natürlichen Personen erklärt sich aus den gesetzlichen Vorschriften über die absetzbaren Freibeträge für diesen Personenkreis. Da die Körperschaften nur in geringem Umfang Freibeträge absetzen können und die Kapitalgesellschaften unter ihnen der Mindestbesteuerung unterliegen, ist das steuerpflichtige Vermögen der nichtnatürlichen Personen sogar größer als ihr Gesamtvermögen.

Beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Hierbei handelt es sich um Steuerpflichtige, die in der Bundesrepublik Deutschland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Auf-

enthalt haben. Sie unterliegen nicht, wie alle übrigen Steuerpflichtigen, mit ihrem gesamten Vermögen der Steuerpflicht; viel mehr bleibt die Besteuerung auf ihr Inlandsvermögen "beschränkt". Ihre Anzahl ist gegenüber 1963 um 65 auf 541 zurückgegangen. Der Anteil an allen Steuerpflichtigen natürlichen Personen beträgt somit nur noch 3,3%. Das Inlandsvermögen belief sich auf insgesamt 26 Mill. DM, das sind nur 0,8% des Gesamtvermögens. Die Steuerlast für diesen Personenkreis ist verhältnismäßig hoch (248 000 DM), da Freibeträge nur in bescheidenem Maße absetzbar sind. Insbesondere werden die Freibeträge für den Steuerpflichtigen, die Ehefrau und die Kinder unter 18 Jahren nur in Ausnahmefällen aus Billigkeitsgründen gewährt.

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Die Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens der natürlichen Personen geht vom Rohvermögen aus. Es setzt sich aus den vier Vermögensarten zusammen:

1. land- und forstwirtschaftliches Vermögen
2. Grundvermögen
3. Betriebsvermögen
4. sonstiges Vermögen

Im Gegensatz zum Betriebsvermögen, bei dem es sich bereits um Reinvermögen handelt, sind die auf den übrigen Vermögensarten lastenden Schulden im Rohvermögen noch nicht berücksichtigt.

Das Rohvermögen der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach der Vermögensart

Vermögensart	Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1963	1966	Veränderung in %	1963	1966	Veränderung in %
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	3 497	3 387	- 3	198	193	- 2
Grundvermögen	9 523	10 765	+ 13	347	405	+ 17
Betriebsvermögen ¹	8 811	9 531	+ 8	1 393	1 774	+ 27
Sonstiges Vermögen	9 125	11 864	+ 30	1 160	1 685	+ 45
Rohvermögen überhaupt	14 444	15 994	+ 11	3 096	4 055	+ 31

1) ohne überschuldete Betriebe

Die Probleme der Bewertung, wie sie bereits eingangs angeschnitten wurden, kommen in der Verteilung des Rohvermögens auf die vier Vermögensarten sehr deutlich zum Ausdruck. So hat das land- und forstwirtschaftliche Vermögen als einzige Vermögensart weiterhin seit 1963 geringfügig abgenommen, und zwar um 2% oder 5 Mill. DM auf 193 Mill. DM. Im Vergleich zu den Verände-

rungen zwischen früheren Hauptveranlagungszeitpunkten ist dies noch eine verhältnismäßig geringe Abnahme. Infolge des starken AnwachSENS des Betriebsvermögens und des sonstigen Vermögens sank der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens am Rohvermögen auf 4,8% ab. Auch die Zahl der Fälle mit land- und forstwirtschaftlichem Vermögen ging weiter zurück. Für die Entwicklung ist

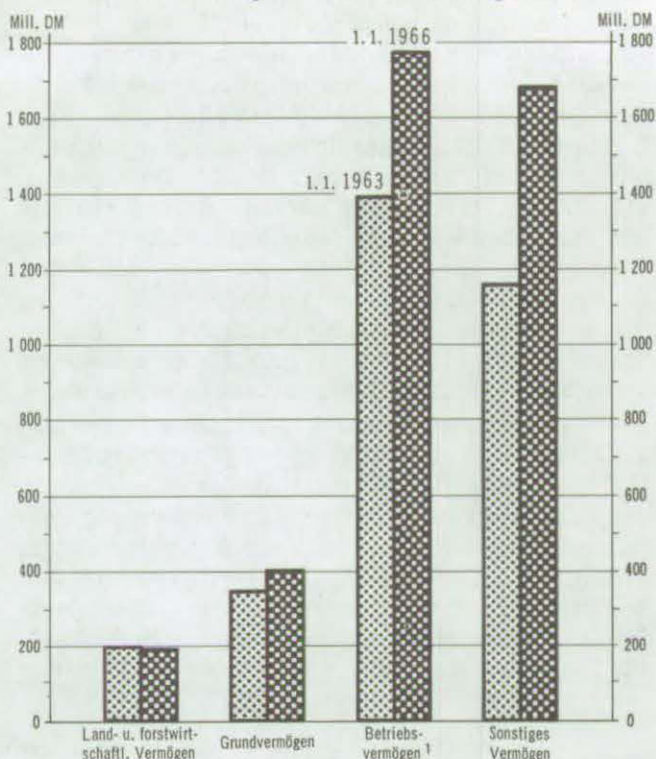
neben den niedrigen Einheitswerten von 1935, von denen noch die Schulden nach den heutigen Wertverhältnissen abzusetzen sind, die folgende Vergünstigung von Bedeutung. Nach § 118 BewG können Land- und Forstwirte den Überschuß der laufenden Betriebs-einnahmen über die Betriebsausgaben vom Rohvermögen absetzen, soweit er nach dem Tage entstanden ist, der für die Bewertung der umlaufenden Betriebsmittel maßgebend ist. Diese Bestimmung hat zur Folge, daß Ein-nahmeüberschüsse in der Land- und Forst-wirtschaft vermögensmindernd wirken. Für viele Personen mit nach heutigen Wertverhält-nissen erheblichem land- und forstwirtschaft-lichem Vermögen kommt es infolge dieser Vergünstigung gar nicht mehr zur Veranlagung.

Auch die Ermittlung des Grundvermögens richtet sich nach den Wertverhältnissen, die der Einheitsbewertung aus dem Jahre 1935 zugrunde gelegen haben. Trotz der starken Unterbewertung hat sich aber im Gegensatz zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen die Zahl der Fälle mit Grundvermögen und deren Betrag erheblich erhöht. Hier sind offensichtlich zwischen den beiden letzten Hauptveranlagungszeitpunkten erhebliche Ver-mögenswerte gebildet worden, die sich, wenn auch nur zum Teil, in entsprechend erhöhten Veranlagungswerten niederschlagen.

Für die Bewertung des Betriebsver-mögens und des sonstigen Vermögens sind weitgehend die heutigen Wertverhältnisse maßgebend. Aus diesem Grunde entfällt auf diese beiden Vermögensarten auch der größte Anteil des Rohvermögens, nämlich 85%. Zwar ist der Betrag des Betriebsvermögens mit 1,8 Mrd. DM immer noch etwas höher als der des sonstigen Vermögens mit 1,7 Mrd. DM; die

D - 3959

Das Rohvermögen nach der Vermögensart



¹⁾ nach Abzug der Schulden (= Reinvermögen)

Differenz zwischen beiden ist jedoch seit 1963 spürbar geringer geworden. Die sehr hohen Zuwachsraten des sonstigen Vermögens sowohl in Bezug auf die Zahl der Fälle (+ 30%) als auch hinsichtlich des Betrages (+ 45%) läßt auf eine zunehmende Bedeutung des privaten Kapitalmarktes zur Anlage von neu hinzugekommenen Vermögenswerten unter den Steuerpflichtigen schließen.

Hauptsächlich setzt sich das sonstige Ver-mögen aus Anteilen an Kapitalgesellschaften,

Die Zusammensetzung des sonstigen Vermögens der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Sonstiges Vermögen	Betrag		Veränderung gegenüber 1963 in %
	1963	1966	
	1 000 DM		
Kapitalforderungen	202 187	300 215	+ 48
Zahlungsmittel, Sparguthaben und dergleichen ¹⁾	311 771	489 439	+ 57
Anteile an Kapitalgesellschaften	} 725 621	680 039	} + 35
Festverzinsliche Wertpapiere		289 419	
Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		10 712	
Zwischensumme	1 239 579	1 769 824	+ 43
davon steuerfrei gem. § 110 Absatz 2 und 3 BewG	158 512	199 780	+ 26
Verbleibendes Kapitalvermögen	1 081 067	1 570 044	+ 45
Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen ¹⁾	7 485	12 629	+ 69
Übriges sonstiges Vermögen	71 112	102 058	+ 44
Insgesamt	1 159 669	1 684 733	+ 45

¹⁾ nach Abzug des Freibetrages

Zahlungsmitteln, Sparguthaben etc., Kapitalforderungen und festverzinslichen Wertpapieren zusammen. Auf sie entfallen (unter Einbeziehung der Geschäftsguthaben bei Genossenschaften und nach Abzug der Freibeträge) 93% des sonstigen Vermögens. Der Bestand an Zahlungsmitteln und Sparguthaben unter ihnen wuchs seit 1963 am relativ stärksten. Der absolut höchste Betrag entfällt auf die Anteile an Kapitalgesellschaften, deren Wert bis zum 1.1.1966 auf 680 Mill. DM gestiegen ist. Dieses Vermögen unterliegt einer doppelten Belastung durch die Vermögensteuer; es wird nicht nur als sonstiges Vermögen der Anteilseigner belastet, sondern auch als Betriebsvermögen der Kapitalgesellschaften, die ebenfalls vermögensteuerpflichtig sind. Für den Wert, mit dem die Anteile der Kapitalgesellschaften in die Vermögensaufstellung eingehen, sind die Aktienkurse von erheblicher Bedeutung. Da die Kurswerte der wichtigsten börsennotierten Aktien Ende 1965 im Durchschnitt niedriger lagen als Ende 1962, muß vermutet werden, daß das erhebliche

Wachstum des Betrages bei dieser Vermögensform auf eine überdurchschnittliche Zunahme der Zahl der Fälle zurückgeht.

Die Summe der Werte der vier Vermögensarten ergibt das Rohvermögen. Zur Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens sind vom Rohvermögen zunächst die Schulden und sonstigen Abzüge zu subtrahieren. Man erhält auf diese Weise das Gesamtvermögen, das, um die Freibeträge vermindert, das steuerpflichtige Vermögen ergibt. Während das Rohvermögen seit 1963 eine Steigerung um 31% auf 4,1 Mrd. DM erfahren hat, nahmen die auf ihm lastenden Schulden und sonstigen Abzüge nur in geringerem Umfang (+ 22%) zu. Insgesamt brachten die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen Schulden und sonstige Abzüge in Höhe von 659 Mill. DM in Ansatz, so daß das Gesamtvermögen am 1.1.1966 sich auf 3,4 Mrd. DM belief. Infolge des geringeren Anstiegs der Schulden nahm das Gesamtvermögen seit 1963 stärker zu als das Rohvermögen.

Vermögen und Abzüge der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen.

	Steuerpflichtige/Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1963	1966	Veränderung in %	1963	1966	Veränderung in %
Rohvermögen	14 444	15 994	+ 11	3 096	4 055	+ 31
Schulden und sonstige Abzüge	11 684	12 564	+ 8	540	659	+ 22
Gesamtvermögen	14 444	15 994	+ 11	2 556	3 396	+ 33
Freibeträge	34 359	38 232	+ 11	681	751	+ 10
Steuerpflichtiges Vermögen	12 692	14 791	+ 17	1 893	2 652	+ 40
Steuerschuld	12 692	14 791	+ 17	18	26	+ 41

Der Gesamtbetrag der Freibeträge war mit 751 Mill. DM höher als die Schulden und sonstigen Abzüge. Bei 1 203 unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen überstiegen die Freibeträge das Gesamtvermögen, so daß ein steuerpflichtiges Vermögen für sie nicht mehr übrig blieb (Steuerbefreite). Auf die 14 791 Steuerbelasteten entfiel nach Abzug der Freibeträge ein steuerpflichtiges Vermögen von 2,7 Mrd. DM, das sind 40% mehr als 1963. Die effektive steuerliche Belastung machte mit 26 Mill. DM 0,98% des steuerpflichtigen Vermögens aus. Neben dem Regelsatz von 1% findet für die Berechnung der Steuerschuld auch weiterhin der ermäßigte Steuersatz von 0,75% Anwendung, wenn das steuerpflichtige Vermögen den Betrag der nach dem Lastenausgleichsgesetz festgesetzten Vermögensabgabeschuld nicht übersteigt. Die Besteuerung nach dem begünstigten Satz ist erneut rückläufig gewesen; 1960 betrug die

D - 3960

Die Zusammensetzung des steuerpflichtigen Vermögens 1966

der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen



1) soweit nicht schon im Einheitswert des Betriebsvermögens enthalten

Veranlagte unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach der Vermögensgruppe am 1. 1. 1966

Vermögensgruppe in 1 000 DM	Steuerpflichtige		Rohvermögen insgesamt		davon				Jahres- steuer- schuld		
					Land- und forstwirt- schaft- liches Vermögen	Grund- vermögen	Betriebs- vermögen ¹⁾	Sonstiges Vermögen			
	Anzahl	1963=100	%	Mill. DM	1963=100	%	in % des Rohvermögens				%
unter 30	653	75	4	23	75	1	12	29	23	36	0,1
30 - 40	766	82	5	35	87	1	14	25	23	38	0,2
40 - 50	1 217	84	8	72	82	2	12	24	31	34	0,5
50 - 70	2 354	93	15	178	93	4	11	20	36	33	1,6
70 - 100	2 990	116	19	305	114	8	7	17	39	36	3,9
100 - 250	5 367	128	34	1 008	129	25	5	14	43	38	20,3
250 - 500	1 626	138	10	671	132	17	4	10	45	41	17,9
500 - 1 000	609	139	4	497	133	12	4	7	48	42	14,6
1 000 und mehr	412	147	3	1 264	155	31	3	4	46	48	40,8
Insgesamt	15 994	111	100	4 055	131	100	5	10	44	42	100

1) ohne überschuldete Betriebe

effektive steuerliche Belastung noch 0,96% und 1963 0,97%.

Die Gliederung der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach Vermögensgruppen läßt weiterhin eine starke Konzentration in den Gruppen zwischen 50 000 und 250 000 DM erkennen. Seit 1963 hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtvermögen zwischen diesen beiden Schwellenwerten auf 67% erhöht. Die Entwicklung ist ferner dadurch gekennzeichnet, daß die Steuerpflichtigen in den unteren Vermögensgruppen bis 70 000 DM zunehmend an Bedeutung verlieren und zwar umso mehr, je geringer ihr Gesamtvermögen ist. Umgekehrt nehmen die Zuwachsraten der Steuerpflichtigen umso mehr zu, je höher ihr Gesamtvermögen ist. Das relative Wachstum der Vermögensmillionäre war mit 47% am stärksten. Ihre Zahl erhöhte sich gegenüber 1963 von 280 auf 412. Auf sie entfiel fast ein Drittel des gesamten Rohvermögens. Ihre Vermögenswerte setzen sich fast ausschließlich aus Betriebsvermögen und sonstigem Vermögen zusammen. Dagegen konzentriert sich das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen hauptsächlich auf die unteren Vermögensgruppen.

Seit 1963 hat sich die ungleiche Vermögensverteilung unter den erfaßten Vermögenssteuerpflichtigen weiter verstärkt. Es sei jedoch nochmals erwähnt, daß wegen der erstarrten Einheitswerte für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen die Aussagefähigkeit des Ergeb-

nisses in der Gliederung nach Vermögensgruppen stark eingeschränkt ist. Dies gilt besonders für den unteren Teil der Vermögenspyramide; hier wirken sich neben den Bewertungsunterschieden auch die Vorschriften über die absetzbaren Freibeträge aus, derentwegen es für viele Vermögenssteuerpflichtige mit geringem Gesamtvermögen gar nicht mehr zu einer Veranlagung kommt.

Nichtnatürliche Personen

Die Zahl der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen erhöhte sich seit 1963 um 18% auf insgesamt 2 088. Die Entwicklung geht überwiegend auf die erhebliche Zunahme der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zurück, während sich die Zahl der übrigen nichtnatürlichen Personen fast durchweg vermindert hat. Das rasche Anwachsen der sonstigen nichtnatürlichen Personen beruht auf einer Änderung des Vermögensteuergesetzes, die erst zum 1. 1. 1966 steuerlich wirksam geworden ist. Danach sind Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts mit ihrem Vermögen nunmehr steuerpflichtig, soweit sie der Versorgung mit Wasser, Gas, Strom oder Wärme dienen. Die Gesetzesänderung bezweckt, diese Betriebe der öffentlichen Hand in gleicher Weise zu behandeln wie die entsprechenden Privatunternehmen.

Vom gesamten Betriebsvermögen, das sich zum 1. 1. 1966 auf 1,5 Mrd. DM belief,

Unbeschränkt steuerpflichtige nichtnatürliche Personen am 1. 1. 1966 nach der Rechtsform
 – einschließlich Mindestbesteuerungsfälle –

Rechtsform	Steuerpflichtige			Betriebsvermögen			Steuerpflichtiges Vermögen	Jahressteuerschuld
	Anzahl	1963 = 100	%	Mill. DM	1963 = 100	%	Mill. DM	
AG, KGaA, Bergrechtliche Gewerkschaften	65	97	3	476,2	161	32	458,8	4,5
GmbH	1 302	130	62	666,9	119	44	659,2	6,5
Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaften	489	92	23	104,7	134	7	100,6	1,0
Versicherungsvereine a. G.	16	76	1	5,8	113	0	5,8	0,1
Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	52	98	2	151,4	127	10	151,4	1,5
Sonstige nichtnatürliche Personen	164	158	8	101,3	343	7	96,3	0,9
Insgesamt	2 088	118	100	1 506,3	138	100	1 472,2	14,4

vereinigten die Kapitalgesellschaften mit 1,1 Mrd. DM über drei Viertel auf sich. In der Kapitalstruktur bestehen zwischen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung deutliche Unterschiede. Die Aktiengesellschaften sind wesentlich kapitalintensiver. Ihr Betriebsvermögen wuchs seit 1963 auch viel stärker als das der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Da das Betriebsvermögen bereits Reinvermögen ist, kommen als Abzüge für die Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens nur der Zeitwert der künftigen Raten für die Vermögensabgabe in Betracht. Das steuerpflichtige Vermögen der nichtnatürlichen Personen ist daher nur unwesentlich niedriger als das Betriebsvermögen.

Im Falle der Überschuldung unterliegen die Kapitalgesellschaften der Mindestbesteuerung. Sofern bei ihnen nur ein geringes oder gar kein steuerpflichtiges Vermögen vorhanden ist, wird ein fiktives Mindestvermögen festgesetzt, auf das Vermögensteuer zu entrichten ist. Die Zahl der Mindestbesteuerungsfälle hat sich zwischen den beiden letzten Hauptveranla-

gungszeitpunkten um 100 auf 480 erhöht. Damit sind 35% aller Kapitalgesellschaften Mindestbesteuerungsfälle. Es handelt sich fast ausschließlich um Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Das Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen konzentriert sich noch stärker als bei den natürlichen Personen auf die obersten Vermögensgruppen. So vereinigten die 23 Steuerpflichtigen (1%) mit je einem Gesamtvermögen von 10 Mill. DM und mehr 53% des steuerpflichtigen Vermögens auf sich. Auch in der starken Besetzung der unteren Vermögensgruppen mit Steuerpflichtigen kommt der gewaltige Unterschied in der Verteilung des Vermögens auf die nichtnatürlichen Personen zum Ausdruck. 51% der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtvermögen von weniger als 50 000 DM waren nur mit 1% am gesamten Betriebsvermögen beteiligt.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Das Vermögen und seine Besteuerung 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 233 (Oktober)

Kurzberichte

Zur Getreideernte in Schleswig-Holstein 1968

Nach den endgültigen Ergebnissen der Erntemessungen und -schätzungen des Statistischen Landesamtes wurden 1968 in Schleswig-Holstein 1,6 Mill. t Getreide geerntet. Das sind 14 % mehr als im Vorjahr und 21 % mehr als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre.

Die erhebliche Steigerung der Getreideproduktion ist nur zu einem kleinen Teil Folge der Anbauausdehnung im letzten Jahr (+ 2%). Vielmehr sind hauptsächlich die sehr hohen Hektarerträge Ursache für die diesjährige Höchsterte.

Außer Sommer- und Wintergerste brachten sämtliche Getreidearten Rekorderträge. Auch die Wintergerste kam mit gut 44 dz/ha im Landesschnitt praktisch auf den gleichen

Getreideart	Anbau in 1 000 ha	Ertrag in dz/ha	Ernte 1968		
			Veränderung in % gegen		
			in 1 000 t	1967	D 1962-67
Weizen	85,8	46,5	398,9	+ 14	+ 22
Roggen	74,1	33,7	249,8	+ 19	+ 13
Gerste	103,7	39,0	404,0	+ 9	+ 25
davon					
Wintergerste	61,3	44,2	271,0	+ 17	+ 66
Sommergerste	42,4	31,4	132,9	- 6	- 16
Hafer	107,5	40,1	430,4	+ 19	+ 46
Sommermenggetreide	37,5	33,4	125,4	+ 9	- 24

Spitzenertrag wie 1967 und übertraf den mehrjährigen Durchschnitt 1962-67 um 14%. Die Sommergerste brachte mit gut 31 dz/ha wesentlich bessere Erträge als in den beiden Vorjahren mit 28 und 26 dz/ha, erreichte jedoch nicht den bisherigen Höchststand des Jahres 1964. Grund hierfür dürfte nicht zuletzt die regional unterschiedliche Anbauentwicklung der letzten Jahre sein. Auf den besseren Böden des Hügellandes und der Marsch wurde die Sommergerste in großem Umfang durch Wintergerste ersetzt, während auf den Geestböden der Sommergerstenanbau auch in den letzten beiden Jahren kaum wieder eingeschränkt wurde. Dadurch stieg der Anteil leichter Böden an der gesamten Sommergerstenfläche erheblich und deshalb können die Durchschnittserträge im Lande nicht die Höhe des Jahres 1964 erreichen. Hinzu kommt wohl auch, daß der Wintergerstenanbau den Ertrag der Sommergerste durch Mehltauübertragung negativ beeinflußt, ganz besonders bei verstärktem Anbau.

Die langfristige Getreide-Anbauentwicklung in Schleswig-Holstein soll nachfolgend durch einige Vergleiche des heutigen Standes mit dem Durchschnitt der Jahre 1951-56 erläutert werden. Dabei können unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Naturräumen nicht unerwähnt bleiben.

Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1951-56 änderten sich die Anbauflächen (gerundet) wie folgt:

Zunahmen:	Weizen	+ 22 000 ha (+ 35 %)
	Gerste	+ 69 000 ha (+ 202 %)
	davon	
	Wintergerste	+ 42 000 ha (+ 225 %)
	Sommergerste	+ 27 000 ha (+ 174 %)
	Hafer	+ 32 000 ha (+ 42 %)
Abnahmen:	Roggen	- 47 000 ha (- 38 %)
	Sommermenggetreide	- 46 000 ha (- 55 %)

Den Zuwachs an Weizenfläche brachte zur Hauptsache das Hügelland. Hier wurde in großem Umfang der Roggen durch Weizen ersetzt, so daß hier 1968 über 62 000 ha Weizen und nur noch knapp 25 000 ha Roggen angebaut wurden. Bei Erträgen von etwa 48 dz/ha Winterweizen und 39 dz/ha Sommerweizen errechnet sich für das Hügelland damit eine Gesamternte an Weizen von 295 000 t im Jahre 1968; das sind etwa drei Viertel der Landessumme.

In der Marsch wurde mit gut 14 000 ha fast die gleiche Fläche Weizen angebaut wie in den Jahren 1951-56. Auf der Geest wurde der Weizenanbau langfristig ebenfalls verstärkt, spielt jedoch für die Gesamterzeugung kaum eine Rolle.

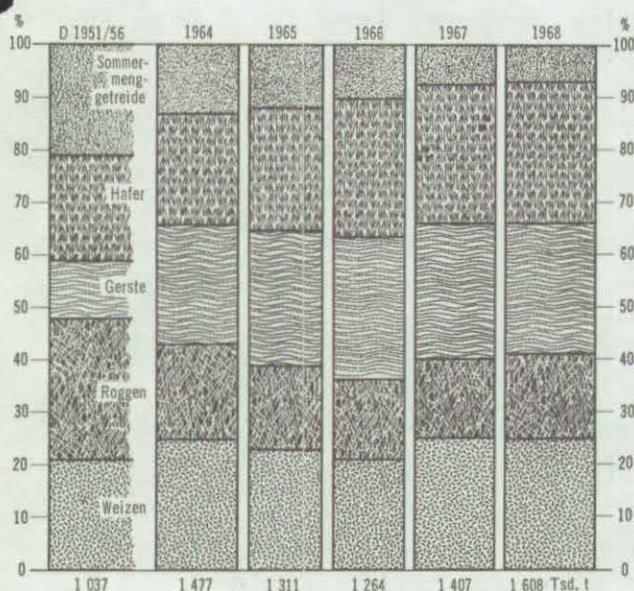
Roggen wird in der Marsch kaum noch angebaut und auch auf der Geest wurde der Roggenanbau eingeschränkt, wenn auch nicht so stark wie im Hügelland und mehr zugunsten des Futtergetreideanbaus.

Am stärksten von allen Getreidearten hat langfristig die Gerste an Fläche gewonnen. Bis 1966 wurde besonders die Sommergerste bevorzugt. Die Anbaufläche stieg auf über 62 000 ha. In den letzten beiden Jahren verlor die Sommergerste wieder 20 000 ha. Der Wintergerstenanbau wurde ebenfalls stetig ausgedehnt, bis 1966 allerdings nicht so stark wie der Sommergerstenanbau. Von 1966 bis 1968 stieg dann die Wintergerstenfläche von 47 000 ha auf gut 61 000 ha. Damit nimmt die Wintergerste heute fast ein Drittel mehr Fläche ein als die Sommergerste.

Diese Entwicklung ist regional sehr unterschiedlich verlaufen. Während in der Marsch und im Hügelland die Wintergerste - langfristig gesehen - ihre Vorrangstellung gegenüber der

D - 3957

Die Getreideernten und ihre Zusammensetzung



Sommergerste behaupten konnte, blieb auf der Geest das Übergewicht der Sommergerste erhalten. Aber auch hier hat die Wintergerste vereinzelt Fuß gefaßt, 1968 wurden auf der Hohen Geest über 3 800 ha und auf der Vorgeest gut 1 100 ha Wintergerste angebaut. Dabei dürften es auch innerhalb dieser Naturräume wiederum die besseren Standorte sein, auf denen die Wintergerste neu aufgenommen wurde.

Stetig ausgedehnt wurde seit Jahren in allen Naturräumen der Haferanbau. Der Hafer bietet nicht nur günstige Fruchtfolgeeigenschaften in getreidereichen Fruchtfolgen, er ist auch imstande, sehr hohe und relativ sichere Erträge zu bringen. Von allen Sommergetreidearten brachte der Hafer in jedem der Naturräume die höchsten Erträge. Der Durchschnittsertrag im Lande sank während der letzten neun Jahre nicht mehr unter 30 dz/ha und erreichte in diesem Jahr mit 40 dz/ha eine ungeahnte Höhe. (Als Durchschnitt der Jahre 1963-68 errechnet sich ein Hektarertrag von 36 dz.)

Annähernd die gleiche Fläche wie Roggen verlor langfristig das Sommergetreide. Gegenüber 1951-56 ging dessen Anbaufläche auf weniger als die Hälfte zurück und zwar am stärksten im Hügelland (von 40 000 ha auf knapp 9 000 ha). In der Marsch wird ebenfalls nur wenig Sommergetreide angebaut. Auf der Hohen Geest wurde die Sommergetreidefläche seit 1951-56 nur um gut ein Drittel vermindert, auf der Vorgeest sogar nur um ein Fünftel.

Die aufgezeigten Tendenzen im Getreideanbau erscheinen in den meisten Fällen konsequent und folgerichtig. Die Verteuerung der menschlichen Arbeitskraft und steigende Lohnansprüche lassen das Getreide als arbeitsextensive Fruchtart in den bäuerlichen Familienbetrieben an relativer Vorzüglichkeit gegenüber Intensiv-Fruchtarten gewinnen.

Steigende Betriebsgrößen verstärken diese Entwicklung. In einer Reihe von Betrieben dürften allerdings infolge des hohen Getreideanteils Fruchtfolgeprobleme auftauchen.

Bei dem großen Futtermittelbedarf für die Veredlungswirtschaft im Lande und bei den derzeit gültigen Marktregelungen und der Preisgestaltung bietet es sich ganz besonders an, den Futtergetreideanbau auszudehnen. Dabei steht allerdings einer Ausdehnung des Wintergerstenanbaus entgegen, daß in wintergetreidereichen Fruchtfolgen das Ackerland stärker verunkrautet und daß unter bestimmten Bedingungen die Sommergerstenerträge durch Mehltau ungünstig beeinflusst werden.

Die laufende Einschränkung des Roggen- und Menggetreideanbaus zugunsten des Gersten- und Haferanbaus erscheint aus marktwirtschaftlichen und aus betriebswirtschaftlichen Gründen folgerichtig.

Die laufende Zunahme des Weizenanbaus - besonders im Hügelland - die zusammen mit den Ertragssteigerungen die Weizenernte während der vergangenen 10 bis 15 Jahre um mehr als 100 000 t anwachsen ließ, erfordert in zunehmendem Maße marktwirtschaftliche Überlegungen auch von seiten der einzelnen Erzeuger, da ein Großteil der Ernte außerhalb des Landes abgesetzt werden muß. Überbetriebliche Zusammenschlüsse in Form von Anbaugemeinschaften mit dem Ziel, beste Qualitäten zu erzeugen und in großen einheitlichen Partien zu vermarkten, dürften die Chance bieten, die laufend steigenden Weizenernten reibungslos und zu annehmbaren Preisen zu verkaufen. Die Voraussetzungen sind sowohl von seiten der Betriebsgrößenstruktur als auch von seiten der Anbautechnik in unserem Lande günstig.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Anbau und Ernte 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 80 (April)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Bevölkerungsbewegung	
Wanderungen 1966	4/75
Gesundheitswesen	
Krankenhäuser 1966	3/55
Todesfälle, Unnatürliche –	9/199
Unterricht, Bildung und Kultur	
Lehrerbedarf	7/154
Realschulabschluß	8/191
Schülerzahlen, Entwicklung der –	5/99
Studenten 1968	8/191
Volkshochschulen	3/51
Wahlen	
Wahlberechtigte 1969	10/235
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernte 1967	4/80
Baumschulen	2/42
Betriebsgrößen Landwirtschaft	10/218
Ertragsmessungen Landwirtschaft	8/171
Geflügelwirtschaft	5/107
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7
Viehwirtschaft, Zur – 1967	8/183
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1965-1967	6/140
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	3/57
Bautätigkeit 1967 (Teil 1)	10/230

Handel und Gastgewerbe

Fremdenverkehr 1967

3/64

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 1967

7/15

Geld und Kredit, Versicherungen

Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967

6/13

Öffentliche Finanzen

Ausgaben für öffentliche Schulen

8/18

Gemeindesteuern 1967

2/69

Investitionskraft der Gemeinden

7/2

Körperschaftsteuer 1965

9/21

Landeshaushalt 1966

4/85

Löhne und Gehälter 1965

1/19

Steueraufkommen 1967

2/46

Umsätze in freien Berufen

3/71

Preise

Baupreise im Bundesgebiet

9/20

Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex —

1/14

Verbraucherpreise im Bund

7/16

Löhne und Gehälter

Arbeitszeiten Industrie

5/11

Landwirtschaft, Löhne in der —

10/22

Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)

5/11

Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)

6/12

Versorgung und Verbrauch

Arbeitnehmerfamilien, Verbrauch in —

4/91

Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt 1966

7/

Bruttoinlandsprodukt 1967

9/19

Volkseinkommen

7/14

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 11 . November 1968

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 487	2 492	2 495	2 496	2 515
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 687	1 904	2 753	1 369	1 584
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,1	9,0	13,0	6,7	7,7
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 779	3 775	3 766	3 631	3 699
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,2	17,9	17,8	17,7	17,9
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 463	2 319	2 303	2 408	2 536
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,9	11,0	10,9	11,7	12,3
*	darunter im ersten Lebensjahr	93	71	64	76	78	78
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 316	1 456	1 463	1 223	1 163
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,3	6,9	6,9	6,0	5,6
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 406	7 978	7 192	7 291	6 605
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 455	6 226	6 094	7 238	4 736
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	951	1 752	1 098	53	1 869
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	10 608	10 305	10 353	10 783	10 466
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	24 469	24 509	23 639	25 312	21 807
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	169	165	161	176	156
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	22	15	15	15	10	9	8	8
darunter * Männer	1 000	31	16	11	10	10	7	8	5	5
Offene Stellen	1 000	5	10	11	11	10	16	16	16	16
darunter für Männer	1 000	3	4	5	5	5	7	8	8	8
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 395 ^a	.	.	.	1 500	.	.	.
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	513 ^a	.	.	.	504	.	.	.
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 752 ^a	.	.	1 831	1 718	.	.	1 781
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	180 ^a	.	.	189	178	.	.	175
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	111 ^a	.	.	116	109	.	.	105
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	29	24	35	37	21	29	33	38
* Kälber	1 000 St.	5	4	3	3	2	3	3	3	2
* Schweine	1 000 St.	81	167	167	161	164	161	173	180	185
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	3	3	3	3	3	2	3
* Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	20,8	19,8	22,2	23,1	19,0	21,8	23,4	25,6
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,7	5,3	7,8	8,6	4,8	6,5	7,3	9,0
* Schweine	1 000 t	5,9	13,8	14,3	14,1	14,3	13,9	15,0	15,8	16,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	235	227	223	235	236	230	226	237
Kälber	kg	49	58	61	57	56	60	58	61	58
Schweine	kg	89	89	87	89	89	88	88	89	90
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	178	199	161	117	223	202	165	117
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	93	92	90	93	93	92	90
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	12,5	10,2	7,7	14,5	12,7	10,4	7,6

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1967/68 = 18

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	171	170	172	172	173	175	177	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	132	131	132	132	132	134	135	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	21 114	19 991	19 951	20 936	20 141	21 261	20 909	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	102,5	103,8	109,7	102,9	111,8	119,6	118,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	43,7	43,6	43,4	42,8	49,1	49,6	49,1	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	43	41	38	37	41	43	41	...
*Gasverbrauch	1 000 m ³	11 858	10 901	12 128	12 216	11 808	11 874	11 923	10 468	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	79	68	71	77	72	74	73	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	128	125	125	130	128	133	132	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	40	38	38	38	41	39	39	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	813	783	739	845	853	933	870	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	107	87	81	103	95	150	118	...
Produktionsindex	1958=100	100	143	137	127	146	163	144	143	...
Steine und Erden		100	160	182	187	204	206	189	200	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	117	113	94	117	147	105	108	...
Schnittholz und Sperrholz		100	90	87	86	94	116	94	96	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	142	133	139	161	144	146	...
Gummi- und Asbestwaren		100	190	194	140	188	288	255	208	...
Wasserfahrzeuge		100	91	86	74	88	82	79	73	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	136	119	106	128	162	127	109	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	145	123	133	152	191	156	148	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	189	145	158	220	195	156	162	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	177	174	161	184	172	148	163	...
Leder		100	16	11	11	9	8	5	8	...
Schuhe		100	82	80	87	99	43	89	89	...
Textilien		100	82	76	54	86	137	93	88	...
Bekleidung		100	110	106	103	120	91	93	114	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	192	157	160	198	191	186	216	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	150	99	125	154	140	103	133	...
Milcherzeugnisse		100	149	153	115	95	225	160	119	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	150	155	149	167	161	159	158	...
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	97	.	.	99	98
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	125	.	.	128	115
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	129	.	.	134	116
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	156	130	124	94	133	130	147	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	322	290	304	314	295	324	329	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	24	16	17	19	13	13	12	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie

8) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

9) einschließlich Lehrlingsstunden

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle

11) ohne Umsatz an Handelsware, aber zuzüglich Umsatzsteuer

12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)		55 228	60 744	62 132	63 114	63 261	61 614	62 413	62 972	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	8 644	9 359	9 660	9 949	9 282	9 787	9 380	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 930	4 175	4 217	4 487	4 056	4 129	3 890	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 295	3 606	3 885	3 853	3 691	4 046	3 917	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	46,8	51,1	53,8	54,3	55,2	58,4	56,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,3	4,5	4,5	4,9	4,9	4,9	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	152,9	160,8	167,8	172,0	138,5	114,4	96,4	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	834	807	1 197	944	897	1 100	808	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	148	171	197	162	225	208	205	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	126,1	131,4	158,4	120,2	163,5	152,8	177,4	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,5	88,9	117,3	88,4	113,4	112,2	91,0	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 279	1 379	1 660	1 232	1 864	1 594	1 818	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	842	879	1 094	827	999	1 014	823	...
*Wohnungen		2 109	2 321	2 252	2 900	2 192	2 563	2 763	2 152	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 070	1 976	2 639	1 922	2 391	2 609	1 998	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 391	1 798	1 330	1 675	1 463	1 486	2 011	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 512	7 850	5 759	7 440	5 511	6 088	7 292	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	850	542	515	581	1 078	1 073	1 523	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 064	911	521	1 223	1 346	1 063	900	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	24 194	22 470	27 434	26 878	19 457	23 779	24 790	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	32 465	25 651	31 001	35 162	30 326	33 683	39 179	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	128,4	105,6	103,7	112,6	107,6	189,3	148,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	13,0	9,0	10,0	10,8	11,4	12,2	18,2	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	115,4	96,6	93,7	101,8	96,2	177,1	129,9	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,8	3,4	3,6	3,4	3,1	3,0	3,9	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	10,1	10,5	7,8	8,0	13,1	10,9	13,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	101,5	82,7	82,3	90,3	80,0	163,1	112,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	9,0	8,1	8,2	11,6	8,6	11,0	9,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	92,5	74,6	74,1	78,8	71,4	152,1	102,6	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	37,1	35,9	32,5	36,3	37,0	43,9	44,5	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	10,3	10,5	6,6	8,4	11,5	11,8	12,0	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	13,7	13,1	14,0	15,0	12,3	15,0	16,8	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,7	29,7	29,9	34,0	32,8	92,3	60,7	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,2	7,4	6,8	11,8	8,1	11,1	10,7	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,7	5,4	4,5	4,8	5,1	63,6	6,5	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	8,6	2,4	3,2	2,2	2,6	2,0	2,1	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,4	4,5	5,3	5,2	9,0	6,1	32,0	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	169	443	402	198	p 319	p 452	p 389	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	20	62	44	21	p 30	p 62	p 39	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 240	3 994	4 489	1 571	p 2 480	p 4 681	p 4 380	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	40	130	102	39	p 60	p 132	p 94	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1967	1967			1968			
			Monats-Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t		126	237	226	240	235	228	255	287	...
*Güterversand	1 000 t		195	374	387	451	429	380	411	481	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge			3 262	5 033	4 492	3 986	4 821	4 767	5 175	4 127	...
darunter											
Krafträder (einschließlich Motorroller)			227	13	19	10	11	21	32	21	...
*Personenkraftwagen			2 107	3 962	3 564	3 223	3 801	3 603	4 056	3 194	...
*Kombinationskraftwagen			175	393	345	238	329	401	373	201	...
*Lastkraftwagen			293	348	315	232	264	394	383	304	...
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 191	1 426	1 331	1 349	1 453	1 495	p 1 432	p 1 363
*Getötete Personen			40	62	79	72	62	74	78	p 73	p 62
*Verletzte Personen			1 130	1 604	2 020	1 884	1 775	2 057	2 051	p 2 055	p 1 875
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM		3 105 ^d	9 685 ^d	9 414	9 397	9 482	10 128	10 101
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 312 ^d	2 307	2 215	2 263	2 508	2 361
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 290 ^d	2 296	2 199	2 256	2 466	2 334
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	7 373 ^d	7 107	7 182	7 218	7 619	7 739
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	6 237 ^d	6 061	6 106	6 135	6 460	6 574
*Einlagen von Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM		2 067 ^d	6 461 ^d	5 906	6 034	6 104	6 806	6 879
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	2 303 ^d	2 032	2 116	2 152	2 441	2 473
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 874 ^d	1 678	1 734	1 739	1 875	1 968
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	4 158 ^d	3 874	3 918	3 952	4 365	4 406
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 710 ^d	2 533	2 559	2 579	2 832	2 851	2 883	2 901
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	858 ^d	795	805	814	908	921
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	194	197	175	163	156	267
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	153	178	131	129	134	226
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)			9	10	15	9	11	4	8	3	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)			2	2	2	3	-	-	1	1	...
Wechselproteste	Anzahl		636	819	941	733	773	711	728
	Wert	1 000 DM	465	1 021	1 095	826	893	780	1 020
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM		32 185	88 247	62 262	64 097	137 633	137 645	68 223	73 108	154 697
darunter											
*Vermögenssteuer	1 000 DM		1 463	4 369	2 510	11 244	1 060	995	1 276	10 251	1 000
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	10 302	10 057	9 483	9 699	9 150	12 089	9 789	10 719
*Biersteuer	1 000 DM		420	816	962	974	1 092	909	1 112	1 220	1 202
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	67 843	43 169	37 983	121 644	121 841	48 468	46 877	137 177
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM		93 577	163 523	151 914	144 799	198 796	187 468	146 167	150 992	200 105
darunter											
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM		26 688	52 109	55 492	54 061	54 692	30 779	40 513	42 834	38 249
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM		3 113	5 089	5 237	5 238	7 518	8 525	15 972	12 854	15 119
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 557	1 720	1 726	1 633	23	41	36	38
*Zölle	1 000 DM		7 838	6 051	5 658	5 471	5 960	8 305	6 032	7 411	-4 677
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 358	58 872	58 455	55 996	57 551	64 911	54 798	60 126	57 972
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	39 604	57 103	38 183	42 523	41 374	34 429	42 572	41 138
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	39 844	25 353	22 308	71 442	71 558	28 465	27 531	80 564
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	2	2	1	1	1	1	0	-
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM		5 396	4 745	1 844	7 276	1 517	1 639	1 885	6 690	1 994
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM		37 688	107 687	68 522	60 291	193 085	193 399	76 933	74 408	217 741
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	51 319	54 625	53 188	62 913	43 541	49 193	60 788	68 881
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	46 019	11 046	4 203	106 112	124 560	16 209	8 721	119 454
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	1 148	1 678	1 756	1 273	1 708	1 863	672	574
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 328	9 202	1 173	1 145	22 787	23 590	9 667	4 228	28 832

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschließlich durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
noch: Steuern										
Gemeindesteuerereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	105 039 ⁺	104 300 ^e	.	.	108 355 ^e	.	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 175 ⁺	7 293 ^e	.	.	7 432 ^e	.	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	17 664 ⁺	18 049 ^e	.	.	18 727 ^e	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	72 078 ⁺	71 400 ^e	.	.	74 363 ^e	.	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 121 ⁺	7 558 ^e	.	.	7 832 ^e	.	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 956 ⁺	7 304 ^e	.	.	8 393 ^e	.	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	105,9	105,8	105,7	105,4	105,0	103,6	103,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrüter	1962=100	.	106,9	106,7	107,0	106,9	105,6 _f	105,5 _f	105,5 _f	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	104,0	102,6	103,1	103,2	p 99,1 _p	p 99,5 _p	p 100,3 _p	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	104,7	104,7	104,5	98,9 _f	98,9 _f	99,0 _f	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 _g	109,3 _h	103,2	102,8	103,2	p 97,9 _p	p 98,9 _p	p 100,0 _p	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	115,9	.	115,5
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 _g	109,9 _h	108,3 _r	108,0 _r	108,1	102,4 _f	101,6 _f	101,7 _f	...
Einzelhandelspreise										
Einzelhandelspreise	1962=100	.	107,2	107,6	107,0	106,8	107,3	107,1	106,7	106,6
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾										
Preisindex für die Lebenshaltung	1962=100	92,7	114,4	115,1	114,4	114,1	116,3	116,1	115,8	115,7
darunter										
Nahrungs- und Genussmittel		.	112,0	113,7	111,6	110,8	112,0	111,1	110,0	109,5
Kleidung, Schuhe		.	112,1	112,1	112,0	111,9	111,9	111,9	112,0	112,0
Wohnungsmieten		.	138,2	138,8	139,3	139,5	148,1	149,3	149,9	150,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	108,5	107,7	108,4	108,7	113,6	115,0	115,4	116,2
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,2	108,1	108,1	108,6	108,7	108,7	108,7
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	223	228	.	.	.	243	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124	234	240	.	.	.	259	.	.
*weiblich	DM	68	135	137	.	.	.	146	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	5,03	5,07	.	.	.	5,37	.	.
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,33	5,36	.	.	.	5,72	.	.
*weiblich	DM	1,53	3,37	3,40	.	.	.	3,58	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	44,1	45,0	.	.	.	45,3	.	.
*weiblich	Std.	44,2	40,1	40,2	.	.	.	40,9	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,0	40,6	.	.	.	40,2	.	.
*weiblich	Std.	41,4	38,3	35,8	.	.	.	34,0	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 155	1 161	.	.	.	1 219	.	.
*weiblich	DM	382	752	751	.	.	.	796	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 243	1 244	.	.	.	1 314	.	.
*weiblich	DM	403	773	769	.	.	.	830	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	1 001	1 002	.	.	.	1 068	.	.
*weiblich	DM	331	621	624	.	.	.	667	.	.
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 130	1 144	.	.	.	1 162	.	.
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 048	1 050	.	.	.	1 114	.	.
*weiblich	DM	347	658	660	.	.	.	704	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 234	1 236	.	.	.	1 304	.	.
*weiblich	DM	391	771	766	.	.	.	828	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 17) einschließlich Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.4. - 30.6. f) ohne Mehrwertsteuer
 g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) h) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1962	2 341	9,7	17,6	11,9	13	9	992	134	389	217	253
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2.5. ²⁾			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt				Netto- Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
in 1 000												
1962	224	41	33	12 167	10,3	5 197	9 382	9 452
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 193	8,4	5 934	10 158	11 023
1965	225	41	34	27	44	22	7	15 572	9,7	6 427	10 747	12 040
1966	231	41	37	26	45	23	7	p 16 723	p 7,4	p 6 805	p 11 098	p 12 829
1967	222	42	40	23	46	24	8	p 17 300	p 3,3	p 6 947	p 11 400	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
in 1 000				in 1 000							
1962	1 306	478	1 655	4 265	356	2 307	1 902	4 076	1 263	768	448
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	419	2 510	2 139	4 188	1 407	515	533

Jahr	Industrie ⁵⁾											
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch			Produktions- index der Industrie ⁷⁾ 1958=100	Bau- haupt- gewerbe
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 6)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		ins- gesamt		schwer			
							1 000 t					
1962	176	143	290	934	315	7 446	868	745	670	593	124	68
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	132	71
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	137	70
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	585	937	787	142	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 757	1 289	516	952	791	142	62

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) für 1967 = 15,2. 3) ohne Trut-, Perl- und Zwergghühner 4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 6) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 7) arbeitstäglich; einschließlich Energie und Bau 8) bis einschließlich 1962 Stichtag = 31. 7.; ab 1962 einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 6. 1968			Bevölkerungsveränderung im Juni 1968			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1968 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- oder Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	96 087	- 0,0	- 0,3	57	- 78	- 21	35	-	42
KIEL	268 905	- 0,0	- 0,4	37	- 166	- 129	151	1	201
LÜBECK	242 427	- 0,0	- 0,1	81	- 83	- 2	131	2	152
NEUMÜNSTER	73 232	+ 0,0	- 0,3	42	- 37	5	50	1	60
Eckernförde	74 003	+ 0,3	+ 3,0	50	197	247	43	1	57
Eiderstedt	19 936	+ 0,0	+ 0,8	- 2	10	8	12	1	17
Eutin	95 974	+ 0,4	+ 1,0	52	317	369	63	2	96
Flensburg-Land	73 069	+ 0,2	+ 2,0	37	89	126	35	3	52
Hzgt. Lauenburg	142 241	+ 0,1	+ 1,3	79	34	113	83	7	106
Husum	66 310	- 0,0	+ 0,8	36	- 89	- 33	32	2	39
Norderdithmarschen	61 852	- 0,0	+ 1,8	18	- 38	- 20	33	1	49
Oldenburg in Holstein	87 214	+ 0,5	+ 1,0	32	413	445	45	4	68
Pinneberg	263 172	+ 0,2	+ 2,0	157	347	504	139	4	204
Plön	118 184	+ 0,1	+ 0,8	90	76	166	50	3	64
Rendsburg	166 512	+ 0,1	+ 1,1	60	24	84	95	11	143
Schleswig	101 008	+ 0,0	+ 0,7	30	- 20	10	50	2	80
Segeberg	112 699	+ 0,1	+ 2,7	92	27	119	74	1	99
Steinburg	128 259	- 0,0	+ 0,3	26	- 64	- 38	66	4	76
Stormarn	178 716	+ 0,3	+ 3,8	126	389	515	114	11	179
Süderdithmarschen	73 318	- 0,0	- 0,5	31	- 56	- 25	31	-	52
Südtondern	72 172	+ 0,8	+ 1,6	32	557	589	31	1	39
Schleswig-Holstein	2 515 290	+ 0,1	+ 1,1	1 163	1 869	3 032	1 363	62	1 875

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1968		
	Betriebe am 31. 8. 1968	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im August 1968 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31. 8. 1968	je 1 000 Einwohner am 30. 6. 1968			Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	67	7 151	72	25	19 954	17 760	185
KIEL	166	30 200	112	107	56 118	49 945	186
LÜBECK	147	31 665	127	104	47 006	40 971	169
NEUMÜNSTER	60	10 643	142	34	15 519	13 606	186
Eckernförde	34	1 812	24	6	18 424	13 927	188
Eiderstedt	9	434	21	3	5 133	3 800	191
Eutin	47	4 001	41	17	22 492	18 106	189
Flensburg-Land	32	885	12	5	21 312	15 699	215
Hzgt. Lauenburg	92	8 713	59	30	34 397	27 194	191
Husum	24	1 325	19	12	17 392	12 719	192
Norderdithmarschen	32	1 397	22	4	15 719	11 585	187
Oldenburg in Holstein	28	1 420	16	10	20 008	14 919	171
Pinneberg	258	25 528	94	134	60 839	51 556	196
Plön	55	2 858	24	15	29 586	22 690	192
Rendsburg	98	9 017	54	40	41 528	31 681	190
Schleswig	41	3 412	33	39	26 805	19 951	198
Segeberg	88	5 687	49	32	32 006	23 958	213
Steinburg	90	10 529	80	52	30 469	23 485	183
Stormarn	136	14 865	82	135	44 692	37 232	208
Süderdithmarschen	37	4 374	57	54	18 899	13 853	189
Südtondern	13	1 049	14	11	18 198	13 847	192
Schleswig-Holstein	1 554	176 965	69	870	596 496	478 484	190

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1968 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung) 4) ohne Umsatz an Handelsware, aber
zugänglich Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1968			Offene Stellen am 31. 8. 1968 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 6. 1968 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im August 1968			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 4. 6. 1968	Rindvieh am 4. 6. 1968	
		VZ. 1961	31. 3. 1967							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
	in %					in 1 000					
Schleswig-Holstein	2 504,6	+ 8,1	+ 1,1	16	14	165	92,2	10,4	1 718	1 500	504
Hamburg	1 829,0	- 0,2	- 0,8	23	24	2	90,9	11,1	25	18	6
Niedersachsen	6 998,8	+ 5,4	+ 0,4	54	54	389	89,9	12,1	5 121	3 000	1 055
Bremen	753,3	+ 6,7	+ 0,4	7	6	2	76,3	12,0	11	20	5
Nordrhein-Westfalen	16 857,5	+ 6,0	+ 0,1	170	301	267	93,3	10,9	3 566	2 018	776
Hessen	5 274,5	+ 9,6	+ 0,6	59	120	128	82,6	10,8	1 339	932	376
Rheinland-Pfalz	3 627,5	+ 6,2	+ 0,3	23	32	93	80,5	10,1	814	784	301
Baden-Württemberg	8 595,1	+ 10,8	+ 0,7	119	281	240	75,7	9,3	2 092	1 900	830
Bayern	10 298,5	+ 8,2	+ 0,7	101	149	617	78,9	10,1	4 258	4 344	2 000
Saarland	1 130,9	+ 5,4	- 0,1	4	15	11	79,2	11,2	81	75	31
Berlin (West)	2 154,5	- 2,0	- 1,1	29	19	0	17,7	14,4	.	.	.
Bundesgebiet	60 024,3	+ 6,9	+ 0,3	604	1 015	1 913	84,2	10,5	19 025^a	14 591^a	5 883^a

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Juni 1968			
	Beschäftigte		Umsatz im Mai 1968		Produktionsindex ³⁾ 1958=100 im Juni 1968	Beschäftigte am 30. 4. 1968		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 5. 1968	je 1 000 Einw. am 31. 3. 1968	Mill. DM ²⁾	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	172	68	939	16	163	61	24	2 563	10,3	1 463	5,9
Hamburg	203	110	1 473	13	.	42	23	793	4,3	932	5,1
Niedersachsen	721	101	3 687	23	.	178	25	5 750	8,2	2 746	3,9
Bremen	93	124	559	14	.	21	27	932	12,4	575	7,6
Nordrhein-Westfalen	2 511	149	12 377	18	.	383	23	11 755	7,0	6 784	4,0
Hessen	673	127	2 921	22	204	138	26	3 457	6,6	3 656	6,9
Rheinland-Pfalz	364	99	1 887	20	.	89	25	2 038	5,6	1 080	3,0
Baden-Württemberg	1 424	165	5 999	18	.	225	26	6 714	7,8	3 813	4,5
Bayern	1 254	121	5 104	15	.	275	27	7 871	7,7	4 099	4,0
Saarland	150	132	475	25	.	24	21	436	3,9	354	3,1
Berlin (West)	249	115	1 115	11	.	47	22	1 634	7,6	1 669	7,7
Bundesgebiet	7 813	129	36 537	18	.	1 483	25	43 943	7,3	27 171	4,5

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1968				Bestand an Spareinlagen ⁵⁾ am 31. 7. 1968 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 2. Vj. 1968			*Bruttoinlandsprodukt 1967 (vorläufiges Ergebnis)		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁶⁾	Bundes- ⁶⁾	Gemeinde- ⁶⁾	Mrd. DM	DM je Einw.	Anteil des produzierenden Gewerbes in % ⁷⁾
Schleswig-Holstein	1 495	78	2 051	142	1 759	103	183	...	17,3	6 947	52,4
Hamburg	987	16	1 308	134	3 374	310	1 266	...	26,4	14 341	36,4
Niedersachsen	3 816	215	5 431	148	2 185	115	153	...	48,6	6 961	55,3
Bremen	386	11	461	122	2 469	192	644	...	7,8	10 374	40,1
Nordrhein-Westfalen	8 008	339	10 987	141	2 566	156	228	...	141,1	8 381	55,1
Hessen	2 961	116	4 231	147	2 621	187	222	...	44,9	8 552	49,9
Rheinland-Pfalz	2 022	105	2 939	151	2 160	120	179	...	25,0	6 896	57,6
Baden-Württemberg	4 436	230	6 331	148	2 616	168	237	...	71,0	8 307	58,5
Bayern	5 893	274	8 421	148	2 504	146	187	...	75,8	7 389	55,7
Saarland	545	22	748	141	1 950	99	138	...	7,4	8 545	56,5
Berlin (West)	1 066	21	1 401	133	1 905	102	405	...	19,2	8 831	51,8
Bundesgebiet	31 615	1 427	44 309	145	2 453	152	251	...	484,4	8 090	53,9

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Energieversorgung und Bauindustrie 2) zuzüglich Umsatzsteuer
 3) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstäglich 4) Schleswig-Holstein endgültige Zahlen, übrige Länder vorläufige Zahlen
 5) ohne Postspareinlagen 6) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten 7) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei a) ohne Berlin

Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. 12. 1967 in qkm	Gemeinden am 31. 12. 1967	Bevölkerung am 31. 12. 1967			Ehe- schlie- sungen 1967	Lebend- geborene 1967	Gestorbene 1967 (ohne Tot- geborene)
			ins- gesamt	männlich	Einwohner je qkm			
FLENSBURG	49,66	1	96 243	44 835	1 938	864	1 795	1 268
KIEL	82,20	1	269 626	126 933	3 281	2 649	4 287	3 416
LÜBECK	202,39	1	242 677	111 682	1 199	2 155	3 982	3 057
NEUMÜNSTER	35,37	1	73 157	33 904	2 068	624	1 389	917
Eckernförde	775,35	55	72 863	36 678	94	599	1 388	791
Eiderstedt	339,51	23	19 775	9 303	58	158	352	246
Eutin	561,67	11	95 138	44 415	169	808	1 613	1 136
Flensburg-Land	948,73	123	72 485	36 448	76	533	1 537	778
Hzgt. Lauenburg	1 266,03	136	140 856	67 995	111	1 049	2 478	1 700
Husum	854,00	87	66 065	32 391	77	589	1 385	776
Norderdithmarschen	604,84	71	61 395	28 916	102	529	1 258	741
Oldenburg in Holstein	837,91	33	86 333	42 018	103	672	1 405	1 005
Pinneberg	694,59	53	259 360	126 595	373	1 819	5 021	2 788
Plön	1 181,17	103	117 609	57 167	100	925	2 245	1 280
Rendsburg	1 505,88	135	165 613	79 514	110	1 336	3 018	1 968
Schleswig	1 057,46	103	100 849	48 793	95	778	1 841	1 346
Segeberg	1 301,61	104	111 664	53 960	86	790	2 180	1 280
Steinburg	935,87	101	128 476	63 036	137	1 030	2 300	1 637
Stormarn	791,46	94	175 409	84 494	222	1 159	3 208	1 785
Süderdithmarschen	775,72	79	73 535	35 217	95	588	1 353	954
Südtondern	856,94	85	70 602	33 660	82	591	1 316	687
Schleswig-Holstein	15 658,35	1 380	2 499 730	1 197 954	160	20 245	45 351	29 556

KREISFREIE STADT Kreis	Geburten- überschuß 1967	Zuzüge 1967	Fortzüge 1967	Wande- rungs- gewinn bzw. -verlust (-) 1967	Schüler im Februar 1967 in		
					Volks- schulen 1)	Real- schulen 2)	Gym- nasien 3)
FLENSBURG	527	7 426	8 400	- 974	8 479	1 733	3 069
KIEL	871	17 823	19 114	- 1 291	19 512	4 678	6 187
LÜBECK	925	12 047	12 903	- 856	19 251	4 003	4 397
NEUMÜNSTER	472	3 520	4 791	- 1 271	6 215	1 521	1 809
Eckernförde	597	7 795	6 652	1 143	7 435	930	803
Eiderstedt	106	2 008	2 032	- 24	2 176	448	503
Eutin	477	9 080	8 569	511	8 361	1 974	1 957
Flensburg-Land	759	7 757	7 048	709	8 057	349	-
Hzgt. Lauenburg	778	11 479	10 895	584	12 972	2 566	1 437
Husum	609	4 784	4 979	- 195	7 630	1 042	1 159
Norderdithmarschen	517	5 786	5 054	732	5 996	1 378	1 204
Oldenburg in Holstein	400	9 254	8 449	805	8 140	1 513	1 243
Pinneberg	2 233	24 895	22 707	2 188	21 811	4 269	4 125
Plön	965	11 183	11 198	- 15	11 587	1 910	1 348
Rendsburg	1 050	14 790	14 547	243	15 951	3 339	1 290
Schleswig	495	10 005	9 189	816	10 237	1 836	1 797
Segeberg	900	12 287	9 746	2 541	11 074	1 483	1 398
Steinburg	663	11 427	10 631	796	11 225	2 157	1 943
Stormarn	1 423	18 061	13 396	4 665	15 155	2 717	2 427
Süderdithmarschen	399	4 823	5 536	- 713	7 685	1 556	972
Südtondern	629	9 940	8 925	1 015	6 856	1 152	1 411
Schleswig-Holstein	15 795	216 170	204 761	11 409	225 805	42 554	40 479

1) einschließlich Sonderschulen und Sonderschulklassen an Volksschulen 2) einschließlich Realschulklassen an Volksschulen, ohne Abendrealschulen
3) ohne Abendgymnasien und Institute zur Erlangung der Hochschulreife

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestände am 4. Dezember 1967				Hühner ins- gesamt	Milcherzeugung im Jahre 1967		Jahres- milch- leistung 1967 in kg je Kuh
	Rindvieh		Schweine			1 000 t	darunter an Molkereien und Händler geliefert in %	
	insgesamt	darunter Milchkühe	insgesamt	darunter Zuchtsauen				
FLensburg	1 227	430	1 186	63	9 591	.	.	.
KIEL	1 265	485	1 406	98	31 226	.	.	.
LÜBECK	6 651	2 757	13 891	1 200	72 649	.	.	.
NEUMÜNSTER	1 024	415	1 824	124	11 819	.	.	.
Eckernförde	61 744	26 268	97 689	9 771	231 110	117	92,5	4 396
Eiderstedt	33 813	11 018	9 786	1 037	45 019	45	90,0	4 236
Eutin	34 898	15 176	57 528	5 714	278 487	84 ^a	92,8	4 635
Flensburg-Land	107 166	40 440	154 395	13 374	230 258	176 ^b	91,2	4 317
Hzgt. Lauenburg	65 529	25 997	127 341	14 000	392 965	104	94,5	3 891
Husum	96 032	32 385	98 651	9 752	112 927	131	93,1	4 152
Norderdithmarschen	69 341	18 267	70 200	9 620	262 601	69	91,4	3 858
Oldenburg in Holstein	47 875	20 004	63 520	7 156	197 937	88	89,7	4 335
Pinneberg	63 389	22 473	78 868	6 367	336 606	93	90,8	4 186
Plön	89 543	37 625	107 185	12 619	461 635	165 ^c	89,0	4 182
Rendsburg	145 467	55 067	151 937	16 527	449 703	233	86,6	4 243
Schleswig	111 588	43 424	160 603	14 943	248 391	174	91,5	4 054
Segeberg	113 323	46 236	168 251	16 656	654 744	202	91,5	4 400
Steinburg	111 677	37 373	133 857	12 321	320 424	152	87,0	4 132
Stormarn	57 397	25 693	108 852	10 981	342 944	106	91,8	4 131
Süderdithmarschen	90 080	24 384	84 196	9 314	240 848	90	91,3	3 704
Südtondern	85 770	26 757	60 781	8 045	103 540	109	86,5	4 240
Schleswig-Holstein	1 394 799	512 674	1 751 947	179 682	5 035 424	2 139	90,4	4 188

KREISFREIE STADT Kreis	Landwirtschaftliche Bodennutzung 1967 in ha								
	Selbst- bewirt- schaftete Gesamt- fläche	Wald	Landwirtschaftliche Nutzfläche					Obst- anlagen	Baum- schulen
			zusammen	Acker- land	Dauer- ¹⁾ wiesen	Dauer- ¹⁾ weiden			
FLensburg	5 056	456	1 624	615	76	499	-	7	
KIEL	8 445	577	3 036	992	224	454	12	18	
LÜBECK	22 158	2 363	9 181	5 165	883	1 487	27	20	
NEUMÜNSTER	3 911	365	1 937	682	219	383	8	12	
Eckernförde	78 009	6 336	58 786	42 091	4 483	10 734	72	13	
Eiderstedt	29 858	81	25 732	2 513	4 648	18 238	4	-	
Eutin	55 877	5 258	42 020	27 563	4 286	8 095	119	11	
Flensburg-Land	95 981	5 015	76 269	58 427	6 679	9 776	38	18	
Hzgt. Lauenburg	125 269	30 291	77 968	54 114	8 631	12 089	150	15	
Husum	88 803	3 191	73 829	27 636	13 823	31 218	2	10	
Norderdithmarschen	60 029	772	50 715	20 066	8 753	20 863	7	4	
Oldenburg in Holstein	84 225	6 556	65 510	49 551	5 266	9 060	58	1	
Pinneberg	69 482	3 785	48 300	16 667	7 700	16 425	1 173	3 336	
Plön	118 797	11 398	85 536	57 019	6 819	18 978	177	31	
Rendsburg	150 002	15 523	110 714	52 823	20 339	34 722	36	112	
Schleswig	106 034	5 236	84 048	49 579	14 427	18 423	20	18	
Segeberg	128 048	17 613	94 035	52 595	13 124	25 908	104	80	
Steinburg	93 467	7 387	69 873	25 191	12 641	29 400	596	122	
Stormarn	79 417	8 535	58 778	37 283	5 890	12 379	222	15	
Süderdithmarschen	78 879	3 470	63 429	29 958	8 400	23 646	35	22	
Südtondern	87 138	3 413	66 555	37 371	8 012	20 136	-	11	
Schleswig-Holstein	1 568 885	137 621	1 167 875	647 901	155 323	322 913	2 860	3 876	

1) ohne ungenutzte Flächen

a) einschließlich Lübeck

b) einschließlich Flensburg-Stadt

c) einschließlich Kiel und Neumünster

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Industrie 1967						
		Betriebe ¹⁾	Beschäftigte	Geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Lohn- und Gehaltssumme		Umsatz	
					insgesamt	darunter Löhne	insgesamt	darunter Auslands- umsatz
		Jahres-Durchschnitt			1 000 DM			
FLENSBURG	67	6 504	9 521	64 819	47 239	391 468	47 293	
KIEL	170	31 130	43 310	319 843	215 552	1 208 973	275 672	
LÜBECK	153	32 220	48 696	330 558	236 014	1 468 832	336 631	
NEUMÜNSTER	59	9 808	13 982	91 910	65 975	321 150	50 374	
Eckernförde	38	1 728	2 699	14 805	11 333	77 939	11 089	
Eiderstedt	9	427	740	4 021	3 324	28 534	.	
Eutin	49	3 710	5 020	33 098	21 061	194 318	11 534	
Flensburg-Land	31	755	1 279	7 092	5 591	45 514	3 596	
Hzgt. Lauenburg	101	8 331	12 888	83 596	61 094	363 085	40 439	
Husum	22	1 241	2 076	12 159	9 430	64 233	.	
Norderdithmarschen	33	1 437	2 382	11 353	9 617	48 536	609	
Oldenburg in Holstein	30	1 513	2 704	13 627	10 763	107 503	16 662	
Pinneberg	262	22 996	32 514	248 094	160 248	1 516 369	158 106	
Plön	55	2 579	3 884	24 249	16 798	169 783	1 950	
Rendsburg	102	8 848	14 460	90 763	68 115	416 561	40 025	
Schleswig	43	3 438	6 086	35 841	27 505	385 651	2 465	
Segeberg	90	5 429	8 592	51 707	39 241	301 930	8 612	
Steinburg	94	10 220	15 725	106 066	75 498	596 868	58 085	
Stormarn	134	13 488	18 492	155 868	106 688	1 432 355	115 875	
Süderdithmarschen	38	4 274	6 797	46 329	32 542	538 995	81 799	
Südtondern	13	940	1 515	8 698	6 640	78 319	.	
Schleswig-Holstein	1 592	171 016	253 364	1 754 498	1 230 268	9 756 915	1 289 009	

KREISFREIE STADT Kreis		Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1968						
		insgesamt	darunter				Krafträder	Personen- kraftwagen 2)
			Krafträder und -roller	Personen- kraftwagen 2)	Last- kraftwagen	Zug- maschinen ³⁾		
		je 1 000 Einwohner						
FLENSBURG	19 954	280	17 760	1 547	123	3	185	
KIEL	56 118	943	49 945	4 022	285	4	186	
LÜBECK	47 006	969	40 971	3 775	664	4	169	
NEUMÜNSTER	15 519	253	13 606	1 262	200	3	186	
Eckernförde	18 424	326	13 927	836	3 170	4	188	
Eiderstedt	5 133	113	3 800	310	847	6	191	
Eutin	22 492	536	18 106	1 408	2 196	6	189	
Flensburg-Land	21 312	327	15 699	958	4 113	4	215	
Hzgt. Lauenburg	34 397	668	27 194	1 811	4 322	5	191	
Husum	17 392	238	12 719	1 024	3 227	4	192	
Norderdithmarschen	15 719	169	11 585	1 096	2 653	3	187	
Oldenburg in Holstein	20 008	482	14 919	1 136	3 275	6	171	
Pinneberg	60 839	740	51 556	4 325	3 707	3	196	
Plön	29 586	508	22 690	1 556	4 516	4	192	
Rendsburg	41 528	631	31 681	2 579	6 133	4	190	
Schleswig	26 805	311	19 951	1 449	4 759	3	198	
Segeberg	32 006	383	23 958	1 932	5 389	3	213	
Steinburg	30 469	654	23 485	2 032	3 919	5	183	
Stormarn	44 692	689	37 232	2 804	3 484	4	208	
Süderdithmarschen	18 899	260	13 853	981	3 603	4	189	
Südtondern	18 198	245	13 847	1 139	2 767	3	192	
Schleswig-Holstein	596 496	9 725	478 484	37 982	63 352	4	190	

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Zulassungspflichtige

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr,
in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle 1967			Baugenehmigungen 1967					
	Unfälle mit Personen- schaden	Getötete ¹⁾	Verletzte	Wohngebäude				Nichtwohngebäude	
				Gebäude	Umbauter Raum in 1 000 cbm	Wohnfläche in qm	Wohnungen	Gebäude	Umbauter Raum in 1 000 cbm
FLensburg	488	22	607	112	157,4	30 614	427	51	281,2
KIEL	1 384	28	1 766	317	844,5	177 595	2 441	87	530,4
LÜBECK	1 403	35	1 761	443	608,8	117 781	1 632	128	317,6
NEUMÜNSTER	430	11	519	315	377,4	70 107	977	34	76,9
Eckernförde	430	23	610	430	379,7	60 498	758	84	280,1
Eiderstedt	107	3	156	62	46,6	8 764	120	19	21,3
Eutin	611	40	912	577	465,0	86 616	1 133	31	64,5
Flensburg-Land	421	40	600	359	244,2	43 639	484	89	242,0
Hzgt. Lauenburg	742	36	1 003	806	787,5	143 425	1 966	140	386,7
Husum	417	23	602	243	201,4	31 694	332	69	121,6
Norderdithmarschen	364	16	481	302	260,2	45 474	648	60	132,0
Oldenburg in Holstein	539	36	792	345	322,1	64 804	1 031	70	184,0
Pinneberg	1 325	58	1 647	1 057	1 438,4	275 632	3 858	209	630,2
Plön	698	46	1 013	679	512,8	92 412	1 077	87	188,4
Rendsburg	958	70	1 356	651	548,2	90 091	1 054	69	225,8
Schleswig	481	37	661	327	248,3	42 289	486	68	191,7
Segeberg	771	55	1 095	655	552,1	97 479	1 216	140	521,3
Steinburg	810	55	1 072	449	418,0	73 548	973	66	136,6
Stormarn	1 126	57	1 500	1 249	1 152,4	221 171	2 781	112	306,6
Süderdithmarschen	383	34	540	311	174,5	32 872	395	67	110,1
Südtondern	409	17	550	322	368,5	68 718	1 048	97	241,9
Schleswig-Holstein	14 297	742	19 243	10 011	10 108,0	1 875 223	24 837	1 777	5 240,9

KREISFREIE STADT Kreis	Rohzugang an Wohnungen 1967						Bestand am 31. Dezember 1967 an		
	Wohnungen ins- gesamt 2)	und zwar		Von den Wohnungen (Sp. 1) haben ... Räume 3)			Wohn- räume ins- gesamt 3)	Wohn- gebäuden	Wohnungen 2)
		in Ein- und Zwei- familien- häusern	öffentlich gefördert in %	1 oder 2	3 oder 4	5 oder mehr			
FLensburg	732	188	34	67	323	342	3 240	9 610	35 851
KIEL	2 541	257	73	317	1 449	775	10 198	23 527	98 100
LÜBECK	2 461	524	45	360	1 171	930	9 933	31 282	90 330
NEUMÜNSTER	544	237	34	27	223	294	2 616	10 375	26 910
Eckernförde	1 155	412	40	57	590	508	5 308	13 559	22 858
Eiderstedt	160	109	47	14	49	97	822	5 133	6 715
Eutin	1 184	708	25	103	502	579	5 457	16 855	31 612
Flensburg-Land	764	421	42	36	373	355	3 580	14 633	22 037
Hzgt. Lauenburg	1 922	980	30	112	801	1 009	8 909	26 359	49 250
Husum	555	290	21	19	282	254	2 568	14 903	21 390
Norderdithmarschen	698	337	35	218	246	234	2 705	14 140	20 928
Oldenburg in Holstein	1 011	435	36	57	503	451	4 726	15 987	27 430
Pinneberg	3 550	1 380	25	515	1 659	1 376	15 052	42 639	85 997
Plön	1 237	662	40	130	503	604	5 710	22 379	38 372
Rendsburg	1 438	884	46	141	523	774	6 716	31 650	54 355
Schleswig	923	429	31	42	373	508	4 378	19 514	32 028
Segeberg	1 885	823	37	180	965	740	8 534	21 655	35 194
Steinburg	1 130	593	47	51	606	473	5 132	23 789	43 530
Stormarn	3 078	1 123	20	254	1 558	1 266	13 453	31 788	56 899
Süderdithmarschen	529	341	36	16	239	274	2 515	17 593	24 501
Südtondern	1 197	475	8	421	324	452	4 588	15 507	22 926
Schleswig-Holstein	28 694	11 608	36	3 137	13 262	12 295	126 140	422 877	847 213

1) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) mit 6 oder mehr qm, einschließlich Küche

2) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

noch: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1967				Empfänger ¹⁾ von Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge 1967
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	in DM je Einwohner	1967 insgesamt ²⁾	darunter mit lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. 12. 1967		Aufwand in 1 000 DM
						insgesamt	je 1 000 Einwohner	
	1 000 DM							
FLENSBURG	2 705	1 809	4 514	46,90	2 837	1 163	12,1	656
KIEL	5 873	5 399	11 271	41,80	11 463	3 850	14,3	1 304
LÜBECK	6 364	6 748	13 112	54,03	9 387	3 581	14,8	1 575
NEUMÜNSTER	1 393	1 197	2 590	35,40	2 967	853	11,7	384
Eckernförde	1 345	1 001	2 346	32,20	2 149	878	12,1	278
Eiderstedt	283	324	607	30,71	422	185	9,4	89
Eutin	1 583	1 506	3 089	32,47	2 511	886	9,3	612
Flensburg-Land	888	933	1 820	25,11	1 816	676	9,3	383
Hzgt. Lauenburg	1 931	2 069	4 001	28,40	4 083	1 307	9,3	868
Husum	1 005	574	1 580	23,91	1 506	434	6,6	310
Norderdithmarschen	650	638	1 288	20,97	1 137	399	6,5	294
Oldenburg in Holstein	1 027	770	1 797	20,82	2 059	779	9,0	255
Pinneberg	2 638	4 276	6 914	26,66	4 930	1 723	6,6	745
Plön	1 375	1 414	2 789	23,72	2 830	993	8,4	501
Rendsburg	2 434	2 202	4 636	27,99	4 272	1 534	9,3	808
Schleswig	1 311	1 131	2 442	24,22	2 219	806	8,0	511
Segeberg	1 294	1 311	2 605	23,33	2 347	782	7,0	425
Steinburg	2 123	1 486	3 609	28,09	3 464	1 267	9,9	792
Stormarn	1 744	2 104	3 848	21,94	3 564	1 050	6,0	712
Süderdithmarschen	1 333	752	2 085	28,35	1 866	889	12,1	357
Südtondern	867	794	1 661	23,52	1 534	549	7,8	286
Landessozialamt	88	33 920	34 008	.	784	-	-	1 269
Schleswig-Holstein	40 253	72 359	112 612	45,05	70 147	24 584	9,8	13 392

Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
KREISFREIE STADT Kreis	Steuereinnahmen 1967 ³⁾							Realsteueraufbringungskraft 1967 ⁶⁾	
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden					insgesamt	aus Gewerbesteuer ⁷⁾
			Steuern insgesamt	Grundsteuer A ⁴⁾	Grundsteuer B	Gewerbesteuer ⁵⁾			
	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM			DM je Einw.	
FLENSBURG	19 070	198	.	.	26	3 283	14 574	187	156
KIEL	66 874	248	.	.	70	11 401	51 085	192	149
LÜBECK	68 871	284	.	.	274	11 096	53 360	215	169
NEUMÜNSTER	16 510	225	.	.	34	3 168	12 201	169	131
Eckernförde	8 419	117	8 071	112	1 678	1 335	4 815	100	58
Eiderstedt	3 146	159	2 912	147	1 031	459	1 353	135	63
Eutin	14 924	157	13 830	146	1 123	2 535	9 601	125	86
Flensburg-Land	7 492	105	7 104	99	1 656	960	4 297	85	51
Hzgt. Lauenburg	20 455	146	19 002	135	1 955	3 463	13 265	123	85
Husum	8 988	137	8 510	129	1 409	1 545	5 241	120	75
Norderdithmarschen	9 216	152	8 719	144	1 408	1 652	5 471	137	86
Oldenburg in Holstein	11 511	133	10 994	127	2 032	1 810	6 974	126	79
Pinneberg	52 555	204	50 070	194	1 582	6 547	40 282	176	142
Plön	15 105	129	14 150	121	2 572	2 314	8 853	100	60
Rendsburg	23 665	144	22 751	138	2 138	4 027	16 278	127	91
Schleswig	12 867	128	12 252	122	1 754	2 298	7 839	114	74
Segeberg	14 628	133	13 887	127	1 934	2 008	9 677	121	83
Steinburg	21 980	172	21 102	165	1 772	3 278	15 796	169	125
Stormarn	32 831	191	30 628	178	1 368	3 867	25 152	170	138
Süderdithmarschen	11 212	152	10 626	144	1 700	1 930	6 849	134	87
Südtondern	11 661	164	10 872	153	1 187	1 677	7 837	154	112
Schleswig-Holstein	451 981	182	.	.	28 702	70 655	320 800	153	113

1) ohne Nichtseßhafte 2) ohne Empfänger, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen 3) kassenmäßige Steuereinnahmen (Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen) 4) Grundsteuerbeiträge abgeglichen 5) einschließlich Lohnsummensteuer; Gewerbesteuerzuschüsse sind bei den Betriebsgemeinden ab- und bei den Wohngemeinden zugesetzt 6) Berechnung mit Hilfe des landesdurchschnittlichen Hebesatzes 7) ohne Lohnsummensteuer

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
	Allgemeine Finanzzuweisungen 1966 ¹⁾				Bauinvestitionen 1966 ¹⁾			
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden ³⁾		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden ³⁾	
	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.
FLensburg	5 797	60	.	.	7 457	77	.	.
KIEL	17 227	64	.	.	49 349	183	.	.
LÜBECK	17 198	71	.	.	36 513	151	.	.
NEUMÜNSTER	4 372	59	.	.	8 620	116	.	.
Eckernförde	8 561	121	5 559	79	9 890	140	8 840	125
Eiderstedt	2 005	102	1 364	69	3 865	196	1 989	101
Eutin	10 070	107	7 391	79	12 261	130	10 394	111
Flensburg-Land	10 695	152	7 029	100	12 541	178	9 323	132
Hzt. Lauenburg	15 676	113	10 794	78	23 353	168	20 478	147
Husum	6 825	105	4 447	68	12 885	197	9 713	149
Norderdithmarschen	6 078	102	3 909	65	15 720	263	10 022	168
Oldenburg in Holstein	8 222	96	5 615	66	15 688	184	14 066	165
Pinneberg	18 656	74	12 741	51	44 691	177	43 860	174
Plön	13 222	114	8 475	73	22 480	194	19 215	166
Rendsburg	16 063	98	10 836	66	28 215	172	25 913	158
Schleswig	10 510	106	7 058	71	12 549	127	10 964	111
Segeberg	10 965	103	7 291	68	20 331	191	19 393	182
Steinburg	10 254	81	7 290	58	15 834	125	14 467	114
Stormarn	13 496	81	8 814	53	28 413	171	25 636	155
Süderdithmarschen	6 652	90	4 215	57	10 222	139	8 276	113
Südtondern	8 746	126	5 671	82	12 088	174	8 311	120
Schleswig-Holstein	221 295	90	118 500	67	402 964	164	260 858	147

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände				Personalstand am 2. 10. 1967 (vollbeschäftigtes Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände, einschließlich Wirtschaftsunternehmen, ohne Sparkassen)			
	Schuldenstand ²⁾ am 31. 12. 1967 (einschließlich Wirtschaftsunternehmen)				Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden ³⁾	
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden ³⁾		Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.				
FLensburg	42 393	440	.	.	2 633	273,2	.	.
KIEL	291 433	1 080	.	.	4 653	172,4	.	.
LÜBECK	218 661	901	.	.	6 599	271,9	.	.
NEUMÜNSTER	49 415	672	.	.	1 408	191,6	.	.
Eckernförde	19 947	278	16 785	234	598	83,2	285	39,7
Eiderstedt	17 462	883	12 826	648	255	128,9	151	76,3
Eutin	42 374	446	38 089	401	992	104,4	615	64,7
Flensburg-Land	29 846	417	21 401	299	290	40,5	134	18,7
Hzt. Lauenburg	60 178	429	55 908	398	1 396	99,4	981	69,9
Husum	29 146	443	25 247	384	543	82,5	358	54,4
Norderdithmarschen	28 722	473	27 237	448	919	151,3	484	79,7
Oldenburg in Holstein	46 987	544	43 769	507	1 030	119,3	672	77,8
Pinneberg	112 276	435	109 990	426	2 905	112,6	2 332	90,4
Plön	78 709	672	71 443	610	1 007	85,9	576	49,1
Rendsburg	66 306	402	64 196	390	1 516	92,0	1 198	72,7
Schleswig	33 961	339	27 645	276	903	90,0	526	52,4
Segeberg	51 608	470	49 592	452	892	81,3	459	41,8
Steinburg	63 812	499	59 202	463	1 513	118,3	1 169	91,4
Stormarn	67 169	390	61 936	360	1 377	79,9	772	44,8
Süderdithmarschen	37 401	508	32 525	442	621	84,3	303	41,1
Südtondern	41 671	587	33 712	475	1 024	144,2	671	94,5
Schleswig-Holstein	1 429 477	574	751 503	416	33 074	132,9	11 686	47,0

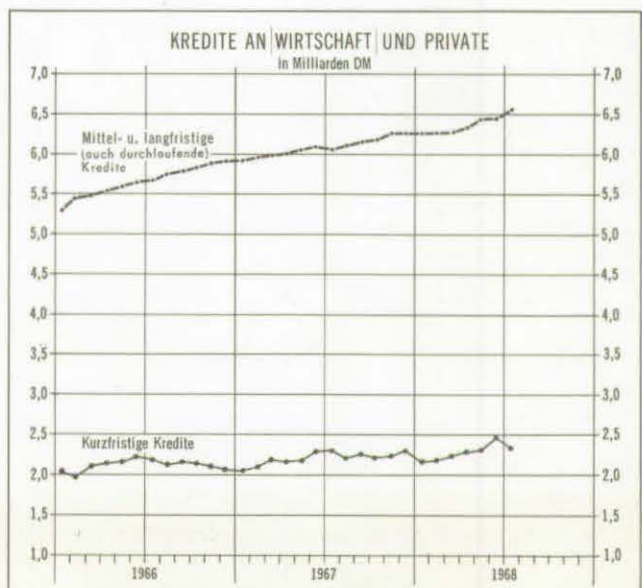
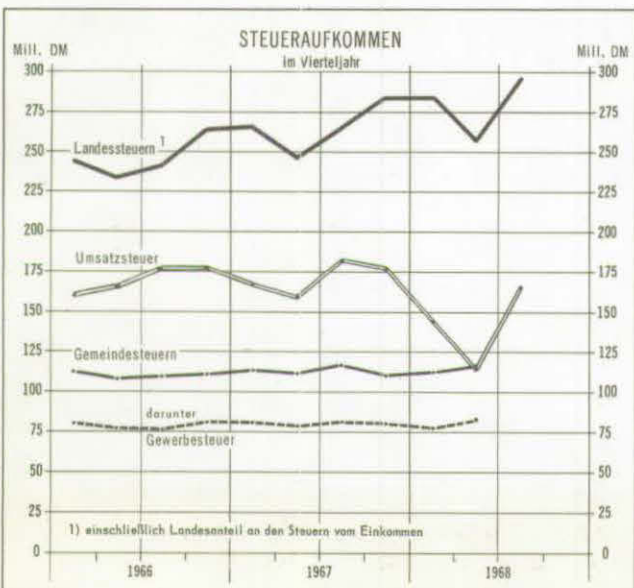
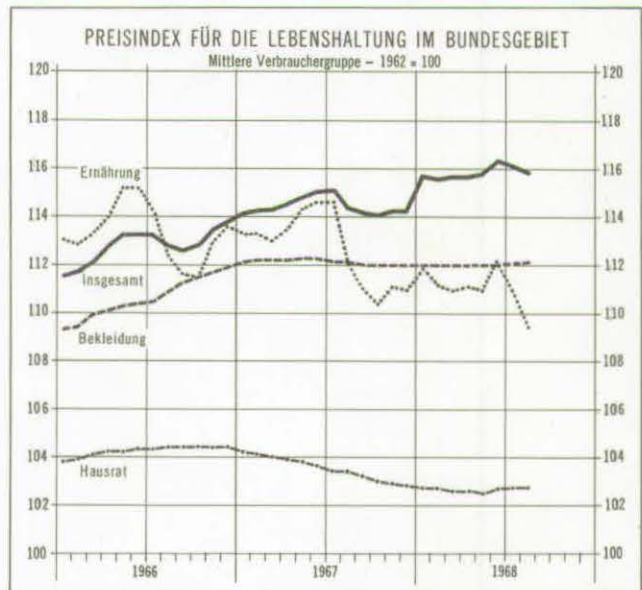
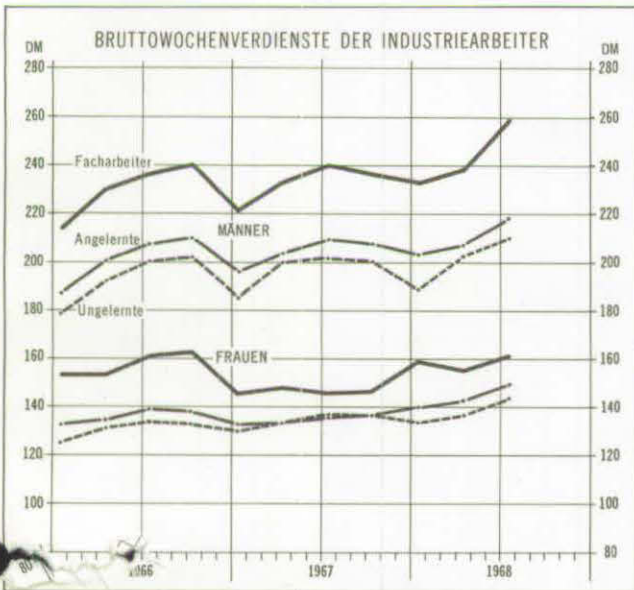
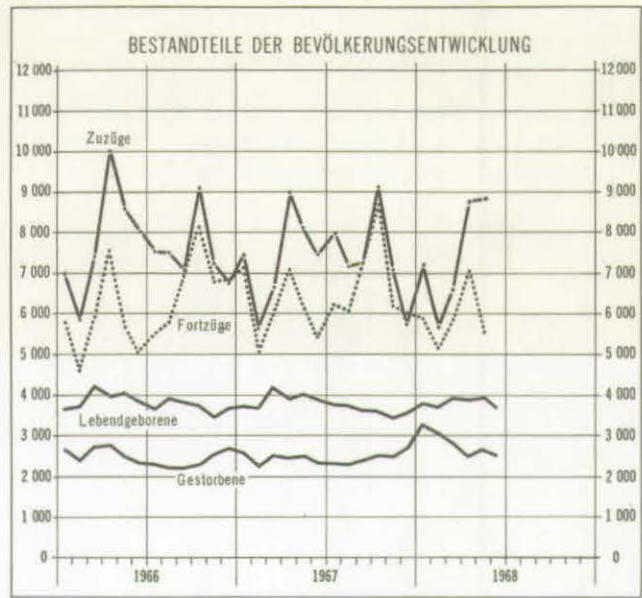
1) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik der Gemeindefinanzen
Kassenkredite und Auslandsschulden

2) seit der Währungsumstellung aufgenommene Schulden einschließlich

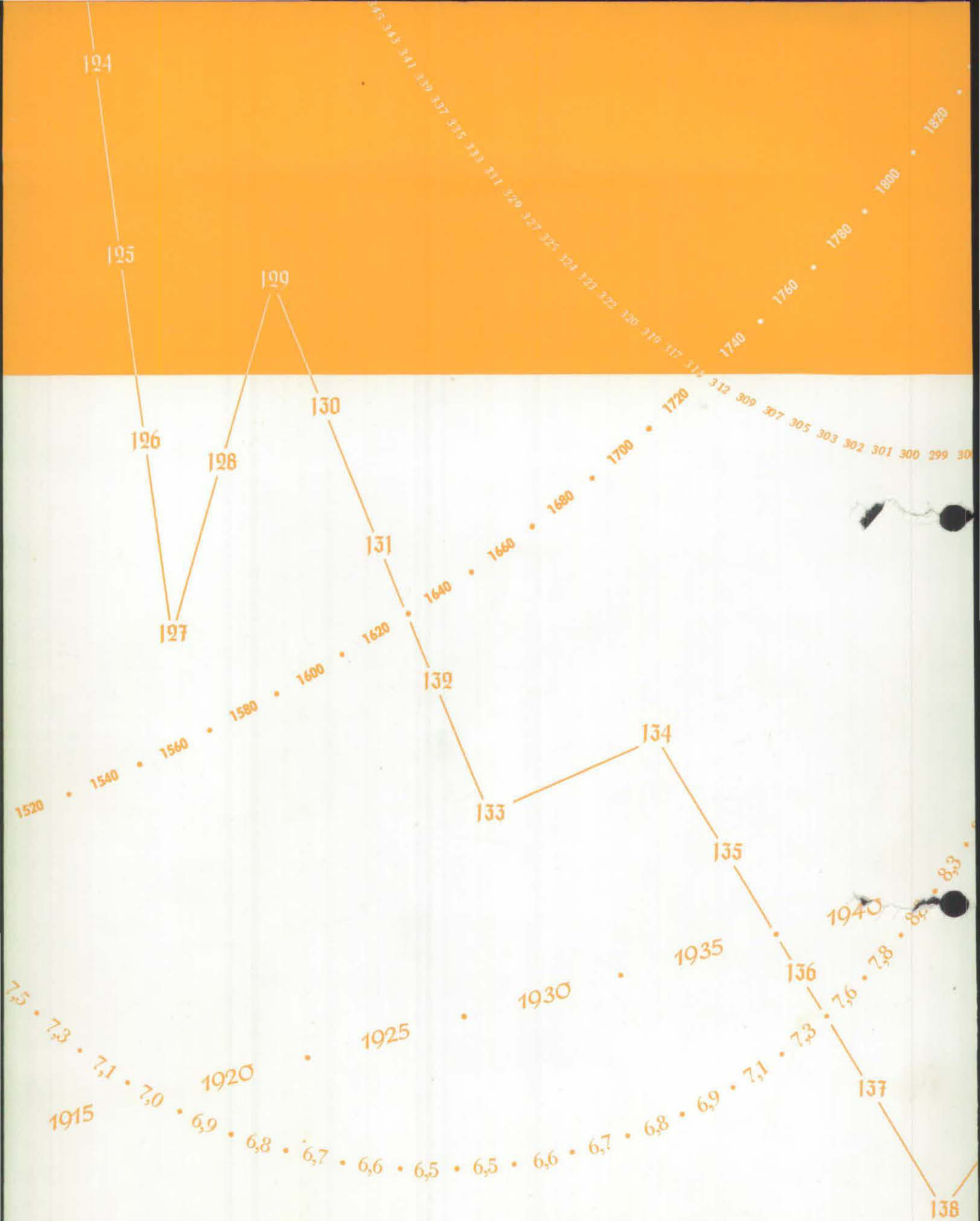
3) einschließlich Ämter

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



1) einschließlich Landesanteil an den Steuern vom Einkommen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen